

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

4 (15.1.1947)

DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr / Nummer 4

F B S W

Mittwoch, 15. Januar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Vorbesprechungen über deutschen Frieden

Londoner Beratungen der Stellvertreter vor der Märzkonferenz - Die Forderungen der Welt an Deutschland

London. Außenminister Bevin begrüßte die Sonderbeauftragten der Außenminister der vier Großmächte und die Vertreter von 18 kleineren Mächten, bevor die vorbereitenden Diskussionen über die Frage der Friedensverträge mit Oesterreich und Deutschland begannen. In der ersten Sitzung wurden die beiden Fragen gemeinsam behandelt. In der Folge kommen dann aber die für Deutschland und Oesterreich zu behandelnden Probleme in den vormittags und nachmittags stattfindenden Sitzungen getrennt zur Diskussion.

In Bezug auf Oesterreich sind die Sonderbeauftragten mit der tatsächlichen Vorbereitung des Vertragsentwurfes beauftragt. Im Falle Deutschlands wird die vorbereitende Konferenz nur die Ansicht der alliierten Mächte hören und darüber zu berichten haben, ob es erforderlich ist, daß eine deutsche Regierung den Vertrag unterzeichnet und welche Mächte an der Vorbereitung des Vertrages und in welchen Stadien sie daran teilnehmen sollen, und wann eine Friedenskonferenz abgehalten werden soll.

Die Sonderbeauftragten werden sich auch mit der Frage zu befassen haben, ob auf der Märztagung des Rates der Außenminister in Moskau deutsche Vertreter gehört werden sollen.

Großbritannien ist durch Sir William Strang und Lord Hood, USA durch Botschafter Murphy und General Clark, Frankreich durch Couve de Murville und die Sowjetunion durch den stellvertretenden Außenminister Gusew vertreten, die durch zahlreiche Sachverständige unterstützt werden.

Forderungen aus den Haag

Den Haag. Der Standpunkt der Niederlande gegenüber dem deutschen Problem ist nun endgültig in der Form festgelegt, in der er bei der Konferenz der Stellvertreter der Außenminister in London dargelegt werden wird. Das Hauptziel, das die Niederlande gegenüber Deutschland verfolgen, ist die Wiederherstellung der ehemaligen Handelsbeziehungen mit Deutschland, die für den Wiederaufbau der niederländischen Wirtschaft unerlässlich sind. Den territorialen Forderungen wird demgegenüber nur zweitrangige Bedeutung beigemessen.

Die niederländische Regierung fordert das Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft in einem Umfang, der sich mit der europäischen Sicherheit vereinbaren läßt. Eine Garantie dieser Sicherheit sieht sie in der Einführung eines föderativen Systems in Deutschland, dessen Zentralregierung einer Kontrolle unterworfen werden sollte. Die Wirtschaftspolitik der deutschen Staaten soll im Rahmen einer Art Zollunion koordiniert werden, die ebenfalls einer Kontrolle zu unterstehen hätte. Gesamt-Deutschland solle eine einheitliche Wirtschaftspolitik durchführen können, die auf folgenden Grundsätzen zu beruhen hätte: Rückkehr zum freien Handel, Einführung eines sich rein fiskalisch auswirkenden Zolltarifs, Ausschaltung jeglicher Art von Dumpingmaßnahmen auch auf dem Gebiet der Transporttarife, Auflösung der Kartelle.

Schließlich verlangen die Niederlande noch die Berechtigung zum Abbau gewisser Kohle- und Kalklager im Rahmen eines Statuts der Exterritorialität. Die auf diese Art gewonnenen Produkte sollen als niederländische Ware betrachtet werden.

Ueber die Art, wie diese Forderungen praktisch verwirklicht werden sollen, fehlen bis jetzt alle Nachrichten.

Münchener Abkommen muß annulliert werden

Prag. (CTK.) Der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk leitet, nach letzten Meldungen, die tschechoslowakische Delegation bei der Viererkonferenz in London. Die Tschechoslowakei fordert endgültige Annullierung des Münchener Abkommens und Einräumung von Freizonen in den Häfen von Hamburg, Bremen und Kiel auf Reparationskonto. Ihre Landforderungen sollen später bekanntgegeben werden.

Frankreich und Oesterreich

Paris (Rheina). Die französische Delegation wird der in London zur Vorbereitung des zukünftigen Friedensvertrages mit Oesterreich zusammen tretenden Konferenz der stellvertretenden Außenminister einen Plan unterbreiten, der dem der britischen Regierung entspricht. Frankreich

Morgen Präsidentenwahl

Paris. Morgen, Donnerstagnachmittag, findet durch die gemeinsam mit dem Rat der Republik tagende Nationalversammlung die Wahl des Präsidenten der Republik statt.

Zur Zeit gilt der Sozialist Vincent Auriol, der Präsident der Nationalversammlung, als aussichtsreichster Kandidat.

tritt für die Beibehaltung der österreichischen Staatsgrenzen von 1937 ein. Was die allgemeinen wirtschaftlichen Klauseln des zukünftigen Vertrages anlangt, so sind die Bestimmungen, die für Frankreich von Interesse sind, vor allem die, die sich mit der Donauschiffahrt, den Flugverkehr und den Handel befassen; diese Bestimmungen entsprechen denjenigen, die in die fünf Verträge mit den früheren Satelliten-Staaten Deutschlands aufgenommen wurden.

Jugoslawien für Entmilitarisierung

Belgrad. Der stellvertretende jugoslawische Außenminister gab gestern eine Erklärung über die Reparationsansprüche Jugoslawiens gegenüber Deutschland ab. Der Minister befürwortete eine Beteiligung seines Landes an den Maßnahmen zur Entmilitarisierung Deutschlands. Die ostdeutschen Grenzen an Oder und Nelse werden von

Jugoslawien als endgültig angesehen. Der jugoslawische Minister erklärte weiter, der deutsche Lebensstandard solle nicht höher sein als der jugoslawische.

Dänemark und Schleswig

Kopenhagen. Das Memorandum über die dänischen Forderungen an Deutschland, das der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London übermittelt werden soll, dürfte folgende Forderungen enthalten:

1. Die politische und kulturelle Unabhängigkeit Schleswigs, um die Rechte der dänischen Minderheit schützen zu können.
2. Die Loslösung Schleswigs von Holstein.
3. Die Möglichkeit für die Bewohner Südschleswigs, über ihre nationale Zugehörigkeit durch eine Volksabstimmung zu entscheiden.

Kohlennot - Strommangel - Stilllegungen

Todesopfer der Kälte in ganz Deutschland - Wer sorgt für die Arbeitslosen?

Köln. Die große Kälte, der niedrige Wasserstand und der Kohlenmangel zwingen zur Einführung einer Stromsperre von 23-6 Uhr und von 8-17 Uhr. Infolgedessen haben sämtliche Industriewerke der Stadt Köln vorläufig die Arbeit eingestellt. Nur Getreidemöhlen und Molkereien erhalten Strom.

Kiel. Im Lande Schleswig-Holstein wurde ein Notstand erklärt. Das Land übernimmt die Kontrolle über alle Kohlentransporte und das Recht, sie gegebenenfalls umzuleiten.

Hannover. Das Land Niedersachsen hat bis heute von der Dezemberrate 15 000 t Braunkohlenbriketts noch nicht erhalten, doch wird diese Menge auch bei Eintreffen nur 1 Ztr. Heizmaterial für jede vierköpfige Familie bedeuten.

Hamburg. An zwei Tagen mußten die Hamburger Krankenhäuser 31 Personen mit erkrankten Gliedern aufnehmen. In der ersten Woche des Jahres wurden 79 Personen mit Lungentzündung in die Krankenhäuser eingeliefert. In den ersten 8 Tagen des Monats Januar fanden 400 Beerdigungen statt gegen 900 im ganzen Dezember. Herr von Schlang-Schöningen, der Unterernährungskommissar der britischen Zone, stellte fest, daß die Brotgetreideernte der Zone bis Ende Februar restlos verbraucht sein würde.

Hamburg. Für die durch Kohlen und Stromausfall arbeitslos gewordenen Arbeiter fordern die Gewerkschaften Unterstützung in Höhe des vollen Lohnes.

Berlin. Infolge der Kälte mußte ein Großteil der Berliner Industrie stillgelegt werden. Die Zahl der Arbeitslosen ist bereits auf 150 000 gestiegen. Zahlreiche Todesfälle durch Erfrieren sind zu verzeichnen. Die Zahl der Todesopfer durch Tuberkulose und Diphtherie hat sich mehr als verdoppelt. Die Berliner Schulen sind bis auf weiteres geschlossen. Die sowjetischen Behörden haben zur Linderung der größten Not beschleunigte Lieferung von 10 000 t Braun-

kohlenbriketts angekündigt. Die große Not verursachte im französischen Sektor Berlins Plünderungsversuche an Güterzügen, die durch die Polizei verhindert werden mußten.

Wanne-Eickel. Die Stadtverwaltung hat angeordnet, daß allen Kindern die infolge der Kälte nicht zur Schule gehen können, die Lebensmittelkarten entzogen werden. — Zur Kälte der Hunger.

Stuttgart. Infolge des Kohlenmangels und der Vereisungen müssen alle Stromverbraucher mit einem Anschlußwert von mehr als 10 kw vom 13.-18. Januar die Betriebe schließen.

Frankfurt. Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. Main hat die sofortige Schließung aller Vergnügungstätten angeordnet.

Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung lehnte den Antrag der SED auf Beschlagnahme der Brennstoffbestände in den größeren Vergnügungstätten: Theater, Bars, usw. mit großer Mehrheit ab.

Bremen. Rund 3000 Personen versuchten auf dem Bremer Güterbahnhof Kohlenzüge zu plündern. Um die Wiederholung dieser Vorfälle zu verhindern, wurden motorisierte Polizeistreifen eingesetzt.

Wiesbaden. Der Kohlenmangel hat bereits dazu geführt, daß 34 000 Arbeiter arbeitslos wurden. Die Zahl steigt täglich, man rechnet in Bälde mit 100 000 Arbeitslosen. Das Arbeitsministerium beschloß, Arbeitslosen aus Steuergruppe I 75 % aus den andern Steuergruppen 90 % des Lohnes zu vergüten und hat hierfür 15 Millionen Mark bereitgestellt.

Hannau. Eine Volksmenge demonstrierte auf den Gleisanlagen in Heldenbergen gegen deutsche Polizisten, die sie gehindert hatten, aus einem Kohlenzug Kohle für ihre ungeheizten Wohnungen zu organisieren. Die amerikanische Besatzungspolizei mußte eingreifen.

Werktätige protestieren gegen die hessische Regierung

Wiesbaden. Eine Massenversammlung protestierte zwei Tage nach der Regierungsbildung gegen die Ausschaltung der Kommunisten durch SPD und CDU. In einer Resolution stellte die Versammlung fest, daß die SPD allein für alle aus dieser Koalition sich entwickelnden Folgen voll verantwortlich ist. Die neue Regierung sei ein gefährlicher Kompromiß mit der Reaktion. Die Kommunisten hätten in Hessen durch ihren Arbeitsminister klar bewiesen, daß sie positive Volkspolitik im Interesse des Aufbaues einer wahren und echten Demokratie treiben. Die Versammlung forderte die Abgeordneten der SPD und KPD im hessischen Landtag auf, alles zu tun, damit angesichts der gewaltigen Not und der bevorstehenden Moskauer Konferenz die jetzige Regierung schnellstens durch eine solche ersetzt wird, die dem Willen des Volkes entspricht und in der die wahren Vertreter des schaffenden Volkes im Namen des Volkes für Frieden, Freiheit, Demokratie und für Deutschland regieren.

KPD-Landtagfraktion außerhalb des Landtags

München. Nachdem die Parteien auf den Brief der KPD nicht geantwortet haben, in welchem diese zehn Abgeordnete der CSU, SPD und WAV aufforderte, den gewählten Abgeordneten der KPD ihre Sitze im Landtag zur Verfügung zu stellen, hat sich die kommunistische Landtagfraktion außerhalb des Landtags konstituiert. Wie erinnerlich, wurden auf Grund der undemokratischen 10 %-Klausel der bayrischen Verfas-

sung die von 185 000 Bürgern gewählten Kommunisten aus dem Landtag ausgeschlossen. Unter dem Vorsitz von Gen. Georg Fischer wird die Parlamentsfraktion der KPD außerhalb des Landtags zu allen Fragen der bayrischen Politik Stellung nehmen.

Reaktionäre bei Bosch sabotieren

Stuttgart. Die Gewerkschaftsfunktionäre der Bosch-Werke Feuerbach haben Einstellung jeder Mitarbeit an der Betriebsübernahme beschlossen, solange die Betriebsleitung dem Betriebsrat die Einsicht in die Personalakten verweigert. Sie stellen in einer Entschlüsselung fest, daß die Ablehnung der Einsichtnahme durch die Geschäftsleitung einen Schritt der Reaktion darstellt, um den Arbeitern ihre kaum zugestandenen demokratischen Rechte erneut zu entziehen.

Neue Hochschulen der Ostzone

Berlin. In der Sowjetzone wurden folgende neue Hochschulen eröffnet: Ingenieurschulen für Bauwesen in Wismar, Brandenburg und Magdeburg, für Maschinenbau und Elektrotechnik in Magdeburg und Wismar, für Textilindustrie in Cottbus. Die Eröffnung weiterer Ingenieurschulen in Chemnitz, Leipzig und Zittau (Bauwesen), Dresden (Maschinenbau, Elektrotechnik und Feinmechanik), Chemnitz (Maschinenbau und Chemie) und Reichenbach/Vogtland (Textilindustrie) steht bevor.

Endlich!

Salzburg. Die österreichische Regierung hat nun doch auf ihre Annexionsforderungen gegenüber Deutschland Verzicht geleistet. — Es war an der Zeit!

Dr. Karl Bittel

Vorbereitung für Moskau

Der Beschluß der vier Außenminister vom 11. Dezember, die deutsche Frage in den Mittelpunkt der am 10. März in Moskau beginnenden Konferenz zu stellen, hat eine lebhaft politische Aktivität in der ganzen Welt ausgelöst. Amerika meldet die Sensation, daß es seinen Außenminister gewählet hat. Der Kontrollrat in Berlin arbeitet seine Zonenberichte über die praktischen Ergebnisse der Entmilitarisierung und Demokratisierung aus, macht Vorschläge über die kommende Wirtschaftspolitik, die Reparationen, die Errichtung einer Zentralverwaltung und zu anderen deutschen Problemen. Heute treten bereits in London die Sonderbeauftragten zusammen, die zur Vorbereitung der Friedensverträge eingesetzt worden sind; 18 Staaten, insbesondere die kleinen Nachbarn Deutschlands werden dazu gehört werden.

Für Deutschland selbst zeigt der Punkt 3 der Moskauer Tagesordnung:

„Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland“.

daß der entscheidende Zeitpunkt der Schicksalswende nunmehr näher rückt.

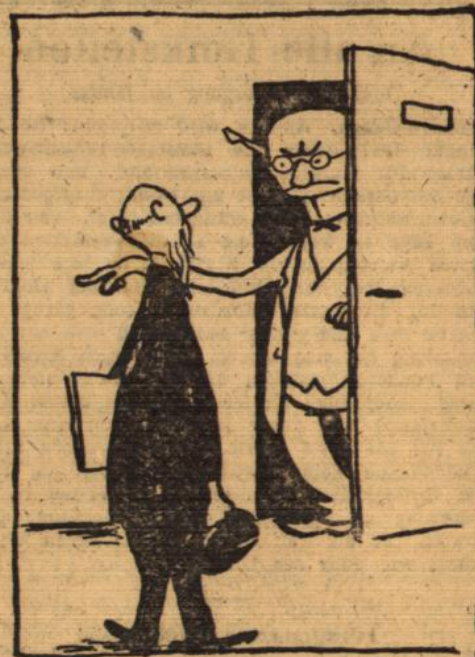
Ueber zwanzig lange Monate dauert jetzt die Kapitulationszeit, in der sich ungebändigt die furchtbaren Folgen der Hitler-Katastrophe auswirken haben. Nackter Existenzkampf tobt, dieses „schmoren im eigenen Saft“ (ein häßliches Wort von Churchill), das Hungern und Verhungern, das Frieren und buchstäbliche Erfrieren, das maßlose Elend der heimatlosen Flüchtlinge, die Tragödie der Kriegsgefangenen, die Not der Witwen und Waisen. Vieles was zur Lösung der schweren Probleme hätte geschehen können und müssen, ist versäumt worden, weil die politische Aktivität und Solidarität des deutschen Volkes versagt hat.

So ist die deutsche Lage am Vorabend der Moskauer Konferenz in jeder Beziehung ernst und schlecht. Insbesondere sind bestimmte unabdingbare Voraussetzungen, die längst hätten erfüllt werden können, nicht geschaffen worden. Geben wir uns eine Rechenschaft.

Fragen wir uns in erster Linie selbst — und das fragt natürlich die ganze Welt — hat sich Deutschland vom Faschismus befreit, haben wir uns kraftvoll und überzeugend vom Nazismus losgesagt? Ein elementarer Sturm der Empörung mußte, nach der äußerlichen Befreiung durch die Alliierten, den Hitlerismus hinwegfegen. Jedoch der Volkswille kommt nicht einmal angesichts der barbarischen Verbrechen der Nazis, die tagtäglich uns aufs Neue entsetzen, zum Ausdruck. Statt dessen bietet sich das beschämende Schauspiel eines lahmern widerspruchsvollen Entnazifizierungsprozesses der nicht zum Ziel kommt. In vielen Monaten wurde ein solcher Wirrwarr angedacht, daß heute noch im gesamten öffentlichen Leben aktivistische Nazielemente ihre reaktionären Geschäfte weiter besorgen können.

Und wie steht es positiv? Lange bevor Hitler zur Macht kam, gab es in Deutschland eine tapfer kämpfende antifaschistische Bewegung, deren Widerstand auch unter dem Naziterror nicht gebrochen werden konnte. Diese bewährten Antifaschisten haben bei der Besetzung durch die Alliierten die ersten Rettungs- und Aufbauarbeiten geleistet. Aber wo sind diese Antifaschisten heute? Wir sehen allwärts, daß sie von politischen Routiniers meist sehr zweifelhaften po-

Ein Mann auf Amtswegen



IV Sanft sproß der Bart, das Haupt ward kahl, Er quält sich fort durchs Amtslökal...

litischen Charakters, die sich in den Vordergrund zu schieben wußten, an die Wand gedrückt wurden. Die antifaschistische Bewegung hat sich keineswegs maßgeblich durchzusetzen vermocht. Die „Opfer des Faschismus“ ließen sich zu einer Versorgungs- und Wohlfahrtsangelegenheit erniedrigen, statt als stärkste nazifindliche Kraft mit Einfluß und Macht im öffentlichen Leben an der Spitze zu stehen, denn sie sind der einzige Garant für die neue Demokratie. Daß auch die Gewerkschaften, die die stärkste Triebkraft für die wirtschaftliche Demokratisierung sind und als erste internationale Vertrauen zurückgewonnen haben, heute nicht die entscheidende unumstrittene Rolle im öffentlichen Leben spielen, ist derselbe Mangel wie die verhältnismäßige Einflußlosigkeit der beiden sozialistischen Parteien, die als einzige seinerzeit nicht für das Hitler'sche Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Ihre Schwäche wird leider immer noch durch die Spaltung vergrößert.

Nicht besser steht es mit der Bereitschaft des deutschen Volkes zum Frieden. Wo ist der Beweis eines endgültigen unabweisbaren Willens, daß Deutschland eine friedliche Nation sein will? Gewiß sind die materiellen Mittel zur Kriegführung von den Alliierten zerstört worden. Aber die Entmilitarisierung in den Köpfen, ist sie wirklich nach zwei Weltkriegen nun für alle Zeiten vollzogen? Sollen wir ehrlich: solange das elende Geschwätz über „Ost- und Westkonflikte“ unter der Decke schwebt und sich jeder Biertrinker noch „mutig“ unverdrossen aufspielen kann, verstockte Waffen aufgefunden werden, Bombenanschläge stattfinden, die Sowjethete andauert und lächerliche Revanche noch in armseligen Hirnen herum spukt, ist unser eigenes Mißtrauen und das der Welt nicht beseitigt. Einer der großen Vier hat kürzlich ausgesprochen, es gebe „einseitigen noch keine Gewißheit, daß sich Deutschland in politischer und demokratischer Richtung so entwickelt daß es zu Hoffnungen auf seine Zukunft als friedliche Nation berechtigt.“ Immer noch türmt sich um uns der Wall des Mißtrauens und Hasses, den wir den Hitlerverbrechen verdanken.

Die dritte Frage, die in Moku erneut geprüft werden wird, ist die der Demokratisierung. Wo und wodurch ist ein Aufbruch der ganzen Nation zur Demokratisierung Deutschlands sichtbar geworden? Ist wirklich eine politische Wandlung elementar, überzeugend und begeistert vor sich gegangen? Niemand wird das behaupten wollen. Statt dessen dieses widerliche Felschen über das, was „Demokratie“ sei und nicht sei. Hundert Vorbehalte, Kompromisse, Halbheiten und Sabotage verhindern die Verwirklichung einer wahren Volksherrschaft, die politisch und wirtschaftlich tief verankert sein muß, wenn die Probleme tatsächlich gelöst und das Vertrauen der Welt errungen werden soll.

Friedensvertrag mit Deutschland!

Eine frohe Botschaft. Aber wo ist denn dieser Vertragspartner „Deutschland“? Wir können von uns aus die Verteilung in Zonen nicht überwinden. Jedoch wo zeigt sich der leidenschaftliche Eigenwille des Volkes zur deutschen Einheit, wie er sich etwa vor hundert Jahren in der demokratischen Revolution manifestierte? So fehlt die erste Voraussetzung zu einer neuen deutschen Republik mit einer Verfassung einer Volksvertretung und einer Regierung, die als Partner bei den Friedensverhandlungen in Erscheinung treten könnte.

Zwanzig lange Monate zur Vorbereitung auf diese Konferenz in Moskau, wo endlich der Frieden mit Deutschland auf der Tagesordnung stehen wird, sind wahrlich schlecht genutzt worden. Was fehlt, ist eine Willenskundgebung aus freien Stücken; nicht weil wir durch die Kapitulation dazu gezwungen worden sind. Dafür sei hier der

Vorschlag einer Volksabstimmung

in ganz Deutschland gemacht, um mit überwältigender Mehrheit ein klares, unzweideutiges Bekenntnis zur entschlossenen Entnazifizierung, zum Frieden, zur Demokratisierung und zur Einheit Deutschlands zu geben.

Durch eine solche Volkskundgebung würde über allem Zweifel erhaben der deutsche Wille zum Ausdruck kommen. Das würde eine Reinigung der Atmosphäre des Mißtrauens und eine gute praktische Vorbereitung von deutscher Seite für die Moskauer Verhandlungen bedeuten. Wir müssen den Weg zu Recht, Freiheit und Frieden erst selber deutlich sichtbar beschritten haben, ehe wir die Hilfe der Alliierten mit einem baldigen erträglichen Friedensvertrag erwarten dürfen, der die Naziepoche endgültig abschließen soll.

Hitler-Gereke CDU-Minister

Hannover, Niedersachsen, das neue deutsche Land, hat einen Innenminister namens Gereke. Dieser ist als Vertreter der CDU in die Regierung eingetreten. Seine Amtsführung erregt seit einiger Zeit die bedenkliche Aufmerksamkeit aller niedersächsischen Antifaschisten.

1933, am 30. Januar, nahm Adolf Hitler in seine Regierung auch einen Reichskommissar für die Osthilfe auf. Sein Name war Dr. Günther Gereke. Er war Vertreter der Hugenberg'schen Deutschnationalen. Seine Amtsführung führte zu einem solchen Skandal, daß sogar der keineswegs zimperliche „Führer“ ihn fallen ließ.

Einen Hitlerschen Reichskommissar als Innenminister eines deutschen Landes im Jahre 1947, das gibt es doch wohl nicht?

Doch! Das gibt es! Im Lande Niedersachsen und im Zeichen der CDU!

Keine Regierungserklärung in Bebenhausen

Ergebnislose Tagung der Südwürttembergischen Landesversammlung

Bebenhausen. Die erste Sitzungsperiode der Beratenden Landesversammlung für Südwürttemberg warf keine großen Wellen. Der Vorsitzende begrüßte den zu Besuch erschienenen Leiter der Militärregierung, General Widmer. Gouverneur Widmer widmete der Versammlung einige Worte, in denen er auf deren Aufgaben hinwies — Aufgaben, die eine lange und geduldige Arbeit der Demokratisierung erfordern würden und von denen die Ausarbeitung einer Verfassung nur eine Seite sei. Prof. Dr. Schmid stellte das neue Staatssekretariat vor, ohne, wie dies z. B. in Freiburg geschah, eine Regierungserklärung abzugeben — der Bericht des Wahlprüfungsausschusses wurde angenommen und sämtliche Abgeordneten bestätigt, ebenso die Geschäftsordnung der Versammlung. Damit war der erste Tag beendet.

Am zweiten Tag erläuterte der Staatssekretär der Finanzen Dr. Binder (CDU) die vorgesehene Landesleihe von 250 Millionen Mark und machte der Versammlung klar, daß ihr keine Möglichkeit der Ablehnung dieser Anleihe bliebe. Nichtsdestoweniger betonten die einzelnen Fraktionen ihre Besorgnis über diese Entwicklung und Dr. Binder konnte keine befriedigende Antwort auf ihre Bedenken erteilen.

Der Bericht des Staatskommissars für die politische Säuberung Otto Künzel (SPD) brachte eine Fülle statistischen Materials, wiewohl Fälle behandelt, in wieweilen Maßnahmen ergriffen worden seien. Doch vermied es der Staatskommissar sowohl, auf die Art dieser Maßnahmen einzugehen als auch die Art der Fälle zu erläutern, die behandelt wurden. Jedenfalls ergab die

Diskussion den Eindruck, als ob man sich — wie es die Kommunisten schon lange fordern — mehr auf die Fälle der großen Naziverbrecher konzentrieren sollte, anstatt sich mit Verfahren gegen antifaschistische Polizisten zu befassen.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes von Staatskommissar Künzel vertagte sich die Versammlung auf den 4. Februar, ohne daß wesentliche Fortschritte in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu verzeichnen gewesen wären.

Kriegsbeil begraben

Telegrammwechsel Baden/Württemberg

Stuttgart. (eig. Meldung). Ministerpräsident Dr. Maier erhielt vom Präsidenten des bairischen Staatssekretariats Dr. Wöhrle in Freiburg ein Neujahrsglückwunschtelegramm, in dem die Verbundenheit des südbadischen Volkes mit den Brüdern in Nordbaden und dem württembergischen Volke zum Ausdruck gebracht wurde. Dr. Maier übermittelte in seinem Antworttelegramm die Glückwünsche Baden/Württembergs an die Südbadenser.

Diese Nachricht aus Stuttgart gibt Kunde davon, daß offenbar jetzt das Kriegsbeil der ehemaligen Ministerialdirektoren Bund-Zürcher begraben ist. Wir hoffen, daß nunmehr den Einigungsbestrebungen für ganz Baden/Württemberg seitens des Freiburger Staatssekretariats nichts mehr in den Weg gelegt wird.

„300000 badische Zigaretten verschoben“

Eine unverantwortliche Sensationsmache aus Hannover

Vor einiger Zeit veröffentlichten die „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“ eine witzig sein sollende Reportage über die Verhaftung eines Dr. Russeff, der im Auftrag des badischen Wirtschaftsministeriums in Freiburg in der britischen Zone Kompensationsgeschäfte gegen badische Zigaretten tätigen sollte. Das Hannoveraner Blatt warf Dr. Russeff vor, er hätte in Hamburg 100 000 Zigaretten in dunkle Kanäle verschwinden lassen, und einer Hannoveraner Fabrik 160 000 Zigaretten für Reifen angeboten, „die das badische Wirtschaftsministerium wahrscheinlich benötigt, um weitere Schwarzfahrten nach Kompensationswaren durchführen zu können.“ Das genannte Blatt krönte seinen Bericht mit der Bemerkung: „Uns ist jeder Besuch aus anderen Zonen willkommen. Bei weiteren aus dem badischen Wirtschaftsministerium müssen wir aber Vorsicht walten lassen. Zumindest vorher die Koffer prüfen.“

Auf diese unglaubliche Nachricht hin hat sich DER NEUE TAG an das Badische Wirtschaftsministerium gewendet. Es wurde uns mitgeteilt, daß Dr. Russeff mit ausdrücklicher Genehmigung der französischen Militärregierung (wie das Blatt auch bemerkt) nach der britischen Zone gereist ist und

mit Zustimmung der britischen zu dem Geschäft mit der Fa. Continental in Hannover. Da diese ihre Zustimmung im letzten Augenblick zurückzog, Dr. Russeff verhaftete und die zu legalen Geschäften in die britische Zone eingeführten Zigaretten beschlagnahmte, hat die französische Militärregierung sich wegen dieser seltsamen Vorgänge an den englischen Vertreter im Interzonenhandel gewandt.

Zum Zweiten: Die dunklen Kanäle in Hamburg, in die 100 000 Zigaretten verschwinden sein sollen, heißen „Landeswirtschaftsamt Hamburg“. Dafür sollte Baden Chemikalien von der Firma Otto Aldag, Hamburg, erhalten, die unsere Wirtschaft dringend benötigt. Genau so „schwarz“ wie das Hannoveraner war also auch das Hannoveraner Geschäft. Die Zigaretten waren nämlich als Weihnachtsgabe für die Belegschaft der Fa. Continental und die Reifen für Lebensmitteltransporte in Baden bestimmt.

Wenn in der ganzen Angelegenheit etwas befremdet, dann einerseits das völlig unverständliche Vorgehen der Hannoveraner Behörden gegen Dr. Russeff und andererseits die „sensationsvolle“ unsachliche Berichterstattung der „Hannov. N. N.“ So stellen wir uns die Pressefreiheit nicht vor!

Reformisten spalten in Italien

Zwei neue „sozialistische“ Parteien - „Triumph“ des Reformismus

Rom. Die Spaltung in der Sozialistischen Italienischen Partei der Proletarischen Einheit schreitet mit Riesenschritten fort. Auf ihrem 25. Kongreß wandten sich sozusagen die gesamten kleinbürgerlichen Intellektuellen gegen den Generalsekretär Pietro Nenni, der in zwei großen Reden die bisherige Politik der Parteilitung verteidigte und untermauerte. Nenni stellte fest, daß das endlose Diskutieren über die einzelnen Parteirichtungen bis jetzt ein wirklich sozialistisches Vorgehen verhinderte. Der Abschluß der Einheitsfront mit den Kommunisten war bei dem unbeschreiblichen Elend des Landes eine Notwendigkeit, um einen Ausweg aus der politischen Zerrissenheit des Volkes zu finden. Dabei sprach Nenni versöhnliche Worte gegenüber den rechtsstehenden Gruppen der „Critica Sociale“ und der „Iniziativa Socialista“, da er keine Spaltung der Partei wünsche.

Nenni's versöhnliche Haltung fand jedoch keinen Anklang bei diesen Kreisen, die innerlich längst mit dem Sozialismus von Karl Marx und Friedrich Engels gebrochen haben. Der Sohn des von Mussolini ermordeten Sozialistenführers Giuseppe Matteotti machte sich zum Wortführer dieser Gruppen und forderte die Annullierung des Kongresses, indem er behauptete, in der Partei herrsche ein Terror-Regime. Seine Ausführungen wurden wiederholt durch heftige Proteste der Delegierten unterbrochen.

Angesichts des entschlossenen Willens der Mehrheit des Kongresses, sich nicht von einer sozialistischen Politik abbringen zu lassen, begannen die „Critica Sociale“ und die „Iniziativa Socialista“ einen Gegenkongreß. Ihre Führer sind vornehmlich Ignazio Silone, der es nicht gewagt hatte, auf dem sozialistischen Kongreß zu erscheinen, und Giuseppe Saragat, der trotz wiederholter Aufforderung durch die Delegierten es ver-

schmäht hatte, als Demokrat und Sozialist seine von denen Nenni abweichenden Ansichten auf dem Parteitag zu verteidigen. Obwohl auch der Vorsitzende der Parlamentsfraktion Simonini zu den Spaltern gehört, sprach sich die Fraktion für die Einheit der Partei aus, nachdem Saragat auch hier seinen Standpunkt nicht vertreten hatte. Als Zeitung der Sektierer, die sich inskünftig „Sozialistische Italienische Partei“ nennen wollen, wird Saragat eine neue Zeitung, die „Umanita“ herausgeben.

Neben den erwähnten Rechtsgruppen sollen nach neuesten Meldungen auch kleinbürgerliche Kreise der sogenannten sozialistischen Mitte die Gründung einer neuen Partei beabsichtigen. Sie haben dem Parteikongreß einen Antrag eingebracht, in dem sie drohen, aus der Partei auszuscheiden, „wenn man in dem Irrtum verharret, anzunehmen, daß der Sozialismus von Karl Marx geschaffen worden ist.“ Sie wollen ihre Partei „Sozialistisch-Demokratische Partei“ nennen und mit Saragat nichts zu tun haben.

Es ist also vorauszusehen, daß es in Italien zunächst drei Parteien geben wird, die sich sozialistisch nennen. Die Mutterpartei wird dem Erbe der Arbeiterbewegung treu bleiben. Diese bedauerliche Entwicklung hat den einen Vorteil, daß endlich die antimarkistischen Reformisten ihr arbeiterfeindliches Gesicht enthüllt haben. Die Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit wird trotz allen augenblicklichen Rückschlägen unbeirrt ihren Weg weitergehen, der sie, wie wir hoffen, in enger Kameradschaft mit der kommunistischen Bruderpartei sehen wird.

Rom. Giuseppe Saragat hat den Vorsitz der Nationalversammlung niedergelegt. An seine Stelle tritt der kommunistische erste Vizepräsident Umberto Terracini.

Ein General als Außenminister

Weitere Kommentare zum Wechsel in USA

Paris (Kosmos). Der Rücktritt von Byrnes und die Ernennung des ehem. Generalstabschefs George Marshall zum Außenminister der Vereinigten Staaten wird in Frankreich als ein Ereignis von besonderer Bedeutung gewertet. General Marshall stiehe zwar, ohne parteimäßig gebunden zu sein, den Demokraten nahe und gilt sogar als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei für die 1948 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Nichts destoweniger sieht ein Teil der amerikanischen Presse in seiner Ernennung zum Außenminister einen klaren Rechtsruck und das Verschwinden der letzten Ueberreste der Politik Roosevelts. Im Hinblick auf die bevorstehende Moskauer Konferenz schreibt „Le Monde“ hierzu: „Während die amerikanischen Regierung ihre konzilianten und friedfertigen Absichten proklamiert, kann man nicht umhin, von der Tatsache beeindruckt zu sein, daß der hohe Militärs der USA auf der Moskauer Konferenz vertreten werden und, zwar General Bell-Smith, der amerikanische Botschafter in Moskau, General Clay, der Chef der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, und der neue Staatssekretär im Außenamt, General Marshall.“

„New York Times“ weist darauf hin, daß die erste Atombombe unter dem Befehl General Marshalls geworfen wurde. Ein General werde mehr als jeder andere Staatsmann vermeiden, die Kontrolle der Atomenergie den Auslegungen der Rechtsgelehrten zu überlassen und werde die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen wissen, um jede Verletzung der Atomgesetzgebung zu verhindern. Im Gegensatz hierzu ist „New York Herald Tribune“ der Auffassung, daß der Außenministerposten einem Militär nicht zukomme. Das Blatt empfindet es als beunruhigend, daß mit der Ernennung Marshalls fünf wichtige Posten in der Regierung in die Hände von Militärs liegen. Das Blatt fügt hinzu, daß diese Wahl eine natürliche Veranschaulichung für einen etwas unsicheren Präsidenten bedeute, da ein Militär ein gut erzogener Beamter sei, der zu gehorchen wisse und der von Loyalität tief durchdrungen sei. Das Blatt schließt mit den Worten: „Ein politischer Soldat ist in gewisser Weise ein Stellvertreter, aber selbst wenn er die höchsten persönlichen Qualitäten besitzt, ist er nicht ein ausreichender Stellvertreter.“

London. Der kommunistische „Daily Worker“ stellt zum Außenministerwechsel in USA fest, daß Byrnes allgemein als Vertreter einer unachgie-

bigen Politik gegenüber der Sowjetunion betrachtet wurde. Das Blatt hält es jedoch für unklar, seine Ensetzung durch General Marshall als Bruch mit dieser Politik aufzufassen, solange die Tatsachen keinen Kurswechsel in Washington bestätigen.

Nürnberger Attentäter verhaftet

Nürnberg. Zwei Personen, die im Verdacht stehen, sich am Bombenanschlag gegen die vierte Nürnberger Spruchkammer beteiligt zu haben, sind von der amerikanischen Fahndungspolizei verhaftet worden. Bei dem einen handelt es sich um einen ehem. SA-Hauptsturmführer. Die bei dem zweiten durchgeführte Hausdurchsuchung hat die Auffindung einer vollständigen SS-Offiziersuniform ermöglicht. Außerdem sind weitere Nazi-Uniformteile bei ihm gefunden worden. Es scheint sich beim Nürnberger Anschlag um einen Teil eines wohlorganisierten Sabotageplans zu handeln.

Ein „Ehrenmal“ weniger

München. Auf Befehl der amerikanischen Militärregierung wurde einer der beiden Hitlerschen Ehrentempel am Königsplatz gesprengt.

In Bayern muß anscheinend bei jedem Aufräumen von Nazischutt die Militärregierung eingreifen.

Unternehmer wollen nicht zahlen

Wiesbaden. Eine 20prozentige Lohnerhöhung für im Braunkohlenbergbau beschäftigte Arbeiter Hessens wurde im hessischen Kabinett beschlossen. Zu dieser Erhöhung, die auf Anordnung des Alliierten Kontrollrates durchgeführt werden soll, teilte die Vereinigung der bisherigen Besitzer der Braunkohlengruben „Der Bergbau-Verein“ mit, daß sie nicht imstande sei, den Tarifvertrag zu unterzeichnen, weil die Mehrkosten nicht auf die Preise abgestimmt werden könnten und sie nicht in der Lage sei, eine derartige Erhöhung aus eigener Kraft zu tragen. Nach dem Beschluß des hessischen Kabinetts werden die Löhne daher aus Staatsmitteln erhöht.

Welt-Chronik

PARIS. Der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion in der Nationalversammlung, Jacques Duclos, erklärte mit, daß die Kommunisten keinen Kandidaten für die Wahl des Präsidenten der Republik aufstellen.

Warschau. Das Zentralkomitee der polnischen Gewerkschaften fordert in einem Brief an den Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes Maßnahmen gegen die faschistischen Offiziere der Armee Anders, die mit britischen Geld Terrorbanden unterstützen.

Moskau. Marschall Montgomery hatte bei seinem Besuch eine mehrstündige Unterredung mit Premierminister Stalin, von der er hochbefriedigt war.

PARIS. Ministerpräsident Blum ist zu Wirtschaftsbesprechungen nach London geflogen.

LAKE SUCCESS. Der Sicherheitsrat nahm die Resolution über die Abrüstung, die von der Generalversammlung der UN gefaßt worden war, an.

PRAG. Eine Erklärung des Vorstandes der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei richtet sich gegen Dr. Schumacher, dessen Einstellung mit größter Vorsicht aufgenommen werden müsse.

LONDON. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Elektrizitätsindustrie veröffentlicht.

PARIS. Infolge von Lohnforderungen der Arbeiter der Rotationsmaschinen haben die Pariser Zeitungsverleger die Aussperrung angeordnet. Seit einer Woche ist Paris ohne Zeitungen.

LONDON. Der Transportarbeiterstreik hat die britische Regierung gezwungen, Truppen für die Lebensmittellieferungen einzusetzen.

ANKARA. Zwischen der Türkei und Transjordanien wurde ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

DER NEUE TAG

Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel

Redaktion: (17b) Offenburg, Kornstr. 3, Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. Verlag: Süd-West-Verlag, a.G.m.b.H., (17b) Offenburg, Hauptstr. 111, Postfach 361, Fernruf 2207. Erscheint Mittwoch und Samstag — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. eininkl. Trägerlohn, bei Postbezug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

Entnazifizierung in voller Krise

Von Richard Bätz (Offenburg), bisher Inspektor für politische Säuberung

Die politische Säuberung befindet sich in einer Krise und zwar nicht nur in der französischen, sondern auch in der amerikanischen und der englischen Zone. Der frühere Staatsrat Eckert hat die Krise kommen sehen und wollte durch einen von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwurf die ganze Entwicklung in gesunde Bahnen lenken. Es sollte dadurch die anonyme Bearbeitung und Untersuchung ausgeschaltet und vor allen Dingen das große Durcheinander beseitigt werden, das nicht zuletzt dadurch entstanden ist, weil eine Vielzahl von Ausschüssen mit der Frage der politischen Säuberung betraut worden ist, und darüber hinaus noch die Entscheidungen in Freiburg getroffen werden. Vorgesehen waren nach dem Eckertschen Entwurf in jedem Landkreis drei örtliche Ausschüsse mit Vollmachten zur rechtskräftigen Entscheidung und darüber hinaus noch ein Einspruchsrecht an eine höhere Instanz. Alle zur Beurteilung stehenden Personen sollten vor diesen Ausschüssen gehört, eine anonyme Bearbeitung der Fälle also unmöglich gemacht werden.

Im Zusammenhang mit diesem Plan wurden in den einzelnen Landkreisen die Inspektionen geschaffen, denen von Seiten des damaligen Staatsrats Eckert allergrößte Bedeutung beigemessen wurde. Politisch einwandfreie Persönlichkeiten zur Ausübung dieser Funktion waren eingesetzt, die dann in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen und mit den demokratischen Parteien für eine politisch begründete und vor allen Dingen gerechte Säuberung tätig sein sollten. Es gab Inspektoren, die diese ihnen gestellte Aufgabe sehr ernst nahmen. Sie hatten sich gegen alle Widerstände durchgesetzt, hatten Einfluß auf Landratsämter, Dienststellen, Bürgermeisterämter, Industrieunternehmungen, und hatten vor allem in vielen Fällen eine gute Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern, wie dies insbesondere in Offenburg der Fall war. Dadurch war es einigermaßen möglich, eine strenge Ueberwachung aller wirklich faschistischen Elemente und deren Unterbringung in geeigneten Arbeitsplätzen durchzuführen. Eine weitere Aufgabe war, der überall auftretenden Sabotage an der politischen Säuberung entgegenzutreten. Die Inspektoren sahen ihre Aufgabe nicht darin, als Gegenstück etwa zur Gestapo zu wirken. Nein und nochmals nein, das waren die Aufgaben nicht, sondern vielmehr Sicherung des demokratischen Aufbaues und darüber hinaus zu helfen, jawohl helfen, auch den Kleinen, die bei der politischen Säuberung gehängt worden sind, während man die Großen nicht nur laufen ließ, sondern sie sogar noch protegierte. Es liegen Fälle vor, wo politisch stark belastete Beamte durch Anordnungen von Ministerien die Treppe hinauf geworfen worden sind. Man braucht sich über solche Maßnahmen nicht wundern, wenn man weiß, daß die Personalpolitik von Leuten gemacht worden ist, die selbst politisch stark belastet sind. Unter dieses Kapitel fallen auch Fälle, wo leitende Beamte, die wegen ihrer politischen Belastung suspendiert werden mußten, in einer anderen Stadt wieder als Dienstvorstand in Erscheinung getreten sind.

Warum geschieht nichts gegen die wirklich Belasteten?

Mit berechtigter Empörung wird immer wieder die Frage aufgeworfen, warum geschieht denn nichts gegen die wirklich Belasteten? Wer waren denn die Förderer und Nutznießer des Dritten Reiches? Wir können die Städte nennen wie wir wollen und Umschau halten. Ist einem der Kriegsgewinnler bis jetzt ein Haar gekrümmt worden? Wie steht es mit den persönlichen Freunden der damaligen höchsten Würdenträger des Hitlerreiches? Wie steht es mit den Gutsbesitzern? Wie steht es mit der politischen Säuberung bei der Justiz? Wurde nicht gerade bei der Justiz von oben herunter von vornherein Sabotage geübt? Politisch belastete Richter oder Staatsanwälte wurden versetzt in andere Orte, wo ihre politische Vergangenheit nicht so bekannt war. Ehemalige Kriegsgeschichtsräte, die die armen Landsler wegen ihrer „geringen Vaterlandsliebe“ gegenüber dem Hitlerreich verknurrten, reden sich heute auf, wenn von Demokratie die Rede ist. Rechtsanwälte, die Berufsverbot haben, umgehen diese Sühnemaßnahme mit Scheinarbeitsverhältnissen, die in Wirklichkeit nichts anderes darstellen, als Assoziationen. Wieder andere gibt es, die stellen sich unter Berufsverbot lediglich nur ein Auftretensverbot vor Gericht vor, während sie die Anwaltsstätigkeit als durchaus gestattet ansehen und dementsprechend auch handeln. Wenn der Aufbau unserer Justiz auch weiterhin sich so vollzieht wie bisher, dann, ja dann werden wir eines Tages erleben, daß reaktionäre Richter ihre demokratische Scheinhülle abwerfen und beweisen werden, daß die Paragraphen des Straf- und Zivilrechts von ihnen noch ganz anders gedeutet werden können, als wie dies im Tillessen-Prozess in ähnlicher Weise so schlaglichtartig in Erscheinung getreten ist. Es gibt Juristen, vor denen man wegen ihrer politischen Haltung den Hut abziehen muß. Der Kreis jedoch, der hier gezogen werden muß, kann nach dem allem, was vorgefallen ist, kein großer sein. In diese Zustände hineinzuleuchten wäre eine der wichtigsten Aufgaben der Inspektoren noch gewesen, wenn die Schranken, die durch die Maßnahme der Selbstentnazifizierung aufgerichtet waren, niedriger worden wären.

Unverantwortliche Entscheidungen

Die Lehrer, die kleinen Beamten und auch Arbeiter hat man oft zu hart angefaßt und hierin haben die Ausschüsse in Freiburg Urteile gefällt, die so widerspruchsvoll sind, wenn man Vergleiche zieht mit gleich gelagerten Fällen. Aber nicht nur dem, oft auch wurde schwer gesündigt, indem Entlassungen ausgesprochen wurden, weil die betreffenden Personen keine Badenser waren oder noch schlimmer, weil sie von auswärts in die betreffende Stadt zugezogen waren. Diese Entscheidungen sind so sinnlos. Nicht nur das, sie sind vielmehr direkt unverantwortlich, weil dadurch

In Südbaden ist die politische Säuberung in eine Krise gekommen, welche ein positives Weiterarbeiten der bis heute berufenen Organe unmöglich macht, den demokratischen Aufbau schwer gefährdet und zu einem Zustand rechtlicher und sozialer Unsicherheit im Volk führt. Bisher erfolgte die Entnazifizierung ohne gesetzliche Grundlage und stützte sich allein auf die provisorischen Anweisungen der Landesverwaltung. Die örtlichen Ermittlungsausschüsse bearbeiteten die Einzelfälle mit Sorgfalt auf Grund ihrer Kenntnis der persönlichen Verhältnisse. Sie hatten aber keinen Einfluß auf die tatsächlichen Entscheidungen, welche von Säuberungskommissionen der Ministerien in Freiburg nach der Aktenlage gefällt wurden. Nachdem die Regierung gefordert hatte, daß am 15. Dezember die vorliegenden Fälle erledigt sein müssten, stürzte in den letzten Wochen eine Hochflut von Säuberungsurteilen herein, welche teilweise in krassem Gegensatz zu den Ergebnissen der Ermittlungsausschüsse standen. Damit ist weder der politischen Säuberung gedient noch schafft man dadurch Bausteine für den demokratischen Staat.

Es ist klar, daß alle jene Elemente auszumerzen sind, die ein Hindernis für den Neuaufbau bilden. Wer sich gegen die Gesetze der Menschlichkeit vergangen, seine Mitmenschen politisch erpreßt oder sich durch ungerechtfertigte Vorteile bereichert hat, dem muß im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben jeder Einfluß genommen werden. Dasselbe gilt für die führenden Militaristen der Wehrorganisationen und für die ehemaligen Mitglieder der nationalsozialistischen Geheimbünde. Sie sollen gutmachen, was sie dem deutschen Volk angetan haben. Anders verhält es sich bei der großen Masse der sogenannten kleinen P's. Auch sie müssen im öffentlichen Leben ausgeschaltet werden, aber man darf sie nicht um Arbeit und Brot bringen. Wir haben keine Ursache, sie und ihre Kinder in eine unheilvolle Opposition gegen den neuen demokratischen Staat hineinzuführen.

Genosse Erwin Eckert hatte als Staatsrat für die Entnazifizierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereitet hätte, aber nicht in Kraft gesetzt werden konnte. Im Bewußtsein ihrer demokratischen Verantwortung hat die Kommunistische Partei am 26. Oktober 1946 eine Erklärung abgegeben, wonach sie einem weiteren Verbleiben ihres Vertreters nicht zustimmt. Die unheilvolle Entwicklung inzwischen hat bewiesen, daß die Kommunistische Partei mit ihren positiven gesetzlichen Vorschlägen den richtigen Weg wies.

Leute, die politisch unbelastet sind, durch solche Urteile zu Belasteten gestempelt werden.

Darüber hinaus — und mir als dem Schreiber dieser Zeilen, sind solche Fälle bekannt — sind Menschen mit besten Charaktereigenschaften, qualifiziert erstklassige Fachkräfte, ja man möchte sagen Kapazitäten auf ihrem Fachgebiet, durch politische nicht ganz begründete Freiburger Urteile so hart getroffen worden, daß sie buchstäblich vor dem letzten Verzweiflungsschritt standen. Man müßte verzagen, sollte man sich hier nicht zur Verfügung stellen, um zu helfen und für gerechte Entscheidungen Sorge zu tragen. Auch das war mit einer Aufgabe der Inspektionen.

Auch auf anderen Gebieten, die nur indirekt mit der politischen Säuberung Zusammenhang haben, geschehen Ungerechtigkeiten, wie das z. B. an Hand eines Falles, der sich bei der Reichsbank in Offenburg abspielte, demonstriert werden kann. Da wird nämlich ein kleiner Angestellter, der schon bald zwei Jahrzehnte Banktätigkeit hinter sich hat, mit der Begründung ent-

lassen, um Personal einzusparen oder wie man so schön sagt, um einen Kriegsbeschädigten beschäftigen zu können. Wir kennen diese Dinge. Die Sorge um die Kriegsbeschädigten ist in diesem Falle bestimmt nicht echt, jedoch lassen wir dies einmal gelten. Aber wie kommt es, daß der Bankdirektor ausgesprochen den Mann entläßt, der nicht in der Nazi-Partei oder sonst einer deren Gliederungen war, wo doch andererseits in seinem Betrieb politisch belastete Personen genug vorhanden sind. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade in diesem Betrieb ein Beamter beschäftigt ist, der schon 1932 in die NSDAP eingetreten ist, aktivistisch tätig war und zu einer bestimmten Zeit sogar vergessen hat, die Tatsache seines früheren Parteieintritts richtig anzugeben. Die Direktion der Reichsbank hat nicht für notwendig erachtet, wenn schon Personalabbau vorgenommen werden mußte, auf diese Leute zurückzugreifen, im Gegenteil, da wird eher noch eine Beförderung durchgeführt und versucht, mit einer evtl. Versetzung irgendwo anders

Parteien protestieren / Stellungnahme der Gewerkschaften

Konstanz. Anläßlich einer Besprechung des Landeskommisars mit den Vertretern der politischen Parteien, der Gewerkschaften, mit den Säuberungsinspektoren und den Ermittlungsausschüssen gaben die politischen Parteien eine Erklärung ab, wonach sie eine weitere Verantwortung für die Tätigkeit der Ausschüsse ablehnten. Die provisorischen Anweisungen vom Dezember 1945 stellen keine brauchbare Grundlage für die Bestrafung der Hauptschuldigen und für die Entlastung der Mitläufer dar. Es wurde gefordert, daß die örtlichen Ermittlungsausschüsse zu Spruchkammern zu erheben sind, welche die Entscheidungen selbst aussprechen, und daß die Zusammensetzung der Kammern auf politischer und nicht berufsständischer Grundlage erfolgen müsse. Beide Forderungen sind schon in dem Eckertschen Gesetzentwurf enthalten.

Konstanz. Der Gewerkschaftsausschuß Konstanz befaßte sich mit den politischen Säuberungsurteilen, welche in letzter Zeit im Amtsblatt der Badischen Landesverwaltung veröffentlicht worden sind, und hat einstimmig beschlossen: Die

Verantwortung für diese Urteile ist entschieden abzulehnen. Gegen die Außerachtlassung der Konstanzer Ermittlungsausschüsse ist energisch Protest zu erheben. Der Konstanzer Ermittlungsausschuß, welcher auf Grund der Vorschläge des Gewerkschaftsausschusses gebildet worden ist, soll seine Tätigkeit einstellen bis die Gewähr gegeben ist, daß seine Entscheidungen tatsächlich für die endgültigen Urteile als maßgebend angesehen werden. Es wird gefordert, daß keine Urteile, die mit den Entscheidungen des Ermittlungsausschusses übereinstimmen, aufgehoben und einem Berufungsverfahren unterzogen werden. Es sind unverzüglich klare Bestimmungen über die politische Säuberung zu erlassen und Spruchkammern zu bilden, welche alle Berufungsfälle in ordnungsmäßigem, gerichtlichen Verfahren nach Recht und Gerechtigkeit überprüfen und entscheiden.

Ermittlungsausschuß erhebt Einspruch

Stockach. Der Ermittlungsausschuß für Industrie, Handel und Gewerbe im Landkreis Stockach gab am 11. Dezember 1946 eine Erklärung ab,

Die Schuld der Christlich-Sozialen

Nach Redaktionsschluß dieser Seite lesen wir den neuesten Angriff der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ (CSV) Freiburg in ihrer Nummer vom Samstag gegen die Kommunistische Partei.

Wir haben hier die schwere Krise der südbadischen Entnazifizierung sachlich dargestellt, ohne eine Partei anzugreifen. Nun aber reagiert die CSV angesichts ihrer Verantwortung als Mehrheit bei dem Zusammenbruch der Säuberung mit folgender schamlosen Hetze:

„Man erinnere sich nur, wie gewisse Herrschaften kurz nach dem Zusammenbruch landauf, landab noch „Tod den Nazis“ schrien, bis sie infolge der Wahlniederlage plötzlich verstumten. Nun suchen sie kleinlaut wieder auf andere Art ihre enttäuschten Mitläufer bei der Stange zu halten, obwohl sie genau wissen, daß die CSV und ihr Vorsitzender Wohleb ebenso scharfe Gegner der verbrecherischen Nazis sind wie sie...“

Während es den Hetzern der KPD doch nur um Abstoßung, Entzweiung und Kampf zu tun ist... Verleumdungen, kritische und denunzierende, kann jeder Schreiber. Nur Beschuldigung, Arbeit, Gottvertrauen und Friede können uns vorwärts bringen.“

Dieser Ton „christlicher Gesinnung“ ist wahrhaft erlabend. Aber es ist alles Lüge. Tatsächlich hatte die KPD von Anfang an eine klare politische Linie in der Entnazifizierung: gerechte, aber strenge Verurteilung der Aktivisten, Milde gegenüber den Mitläufern und Verführten! Auch DER NEUE TAG hat diese Politik stets vertreten (wir erinnern nur an mehrere Artikel des Gen. Eckert z. B. am 24. Juli oder den Leitartikel „Kleiner P's nun?“ vom 4. Sept.) Das war vor den Wahlen! Opportunismus, Lüge und Hetze ist nicht unsere Methode, auch wenn das die CSV sehr gelehrt dem Goebbels nachspricht.

Richtig ist und bleibt hingegen, daß die CSV es war, die den schwersten Schlag gegen die klare antifaschistische Säuberungsmethode geführt hat. Beispiel: Dr. Zürcher. Als er noch Justizminister war, propagierte er unaufhörlich eine „Reform“, d. h. die Wegnahme der Säuberung von den Gewerkschaften, die von der Militärregierung beauftragt waren. Wir zitieren ihn:

„Manche Ausschüsse, besonders die der Wirtschaft, haben eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit und bringen dieses der politischen Struktur des Landes nicht entsprechende Übergewicht zum Schaden des gesunden Säuberungsgedankens unverblümt zum Ausdruck. Parteihader, persönliche Ranküne und säuberungsfeindliche Bestrebungen diskreditieren in steigendem Maße die staatsrechtliche Idee und machen das Tribunal der politischen Säuberung mehr und mehr zum Scherbengericht... Die bestehenden Organe und die praktizierte Verfahren der politischen Säuberung müßten koordiniert und aus der schwülen Atmosphäre des parteipolitischen Machtkampfes in die kühle juristische Sphäre hinaufgehoben werden, die der ganzen Prozedur erst das Dekorum des Rechts und der Gerechtigkeit verleiht.“ (Bad. Ztg. 15. 11. 46.)

Diese feindliche Einstellung der CSV hat veranlaßt, daß in Freiburg die gerecht abgewogenen Beschlüsse der Entnazifizierungs-Kommissionen („Scherbengericht“) mißachtet und abgeändert worden sind. Hier liegt die Ursache des Zusammenbruchs der Säuberung. Davon kann nichts abgedredet werden. Wir sind zufrieden, daß wir das noch — veranlaßt durch die christliche Provokation — feststellen konnten.

für Unterschluß zu sorgen. Solche Vorkommnisse beleuchten immer wieder ganz blitzartig die Situation und zeigen klar, daß demokratisches Denken bei vielen Leuten, die in leitenden Funktionen sich befinden, eine zeitbedingte Angelegenheit bedeutet.

Was wir wollen ist, daß die politische Säuberung nicht aus Haß gemacht wird. Wir wollen nicht die Säuberung, weil die Besatzungsmacht diese Frage aufgeworfen hat, sondern weil wir Deutschen eine klare und politisch begründete Säuberung als unbedingte Voraussetzung zur Sicherung des demokratischen Aufbaues als absolut notwendig ansehen. Wir wollen nicht ganz Deutschland in ein Konzentrationslager verwandeln, im Gegenteil, wir wollen helfen allen wirklich Einsichtigen, dagegen aber hart und gerecht bleiben bei Gefahren für unseren demokratischen Neuaufbau.

Heute sind alle Werte umgeworfen. Es war gewiß einfach und leichter, als die Armeen von faschistischen Staaten in demokratischen Ländern in schrecklich terroristischer Weise herrschen, alle Mann zur Verteidigung der Demokratie aufzurufen, als umgekehrt nach der Niederwerfung der faschistischen Diktatur und Besetzung durch die Armeen der demokratischen Länder die ehemals irreführten Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Der faschistische Terror hat nicht nur die Zwangsdeportationen von ausländischen Arbeitern millionenweise durchgeführt, er hat dazu noch die deutschen Arbeiter selbst deportiert nach dem Ausland und innerhalb Deutschlands von Süden nach dem Norden und umgekehrt, denn nur so war es ihm möglich, das deutsche Volk zu vergewaltigen und an den Rand des Untergangs zu bringen. Der Erkenntnis, daß die Armeen der demokratischen Länder es waren, die das deutsche Volk vor der schauerlichen Tiefe des Abgrunds, in den es die faschistischen Führer mit hineinreißen wollten, gerettet haben, darf nicht entgegengerichtet werden. Alle Probleme müssen unter diesem Gesichtspunkt behandelt werden und nicht zuletzt auch die Frage der politischen Säuberung.

Die schwere Krise, in der wir uns befinden, kann nur gemindert werden, wenn mit sofortiger Wirkung dem Tobuwabohu in der politischen Säuberung ein Ende bereitet wird. Der eingangs erwähnte Eckertsche Gesetzentwurf wäre geeignet gewesen, alle Anonymität, alle Intrigen — und solche gibt es sehr viele — auszuschalten. So wie die Dinge jetzt liegen, ist bald niemand mehr gewillt, seine Mitarbeit bei der Entnazifizierung weiterhin zur Verfügung zu stellen.

der wir folgendes entnehmen: Die Mitglieder des Ausschusses haben im Bewußtsein ihrer moralischen Verantwortung in jedem einzelnen Fall und nach bestem Wissen und Gewissen das Urteil gesprochen. Sie erheben den sehr bestimmten Anspruch, die so gefundenen Urteile gewürdigt zu sehen. Von anderer Seite können keine Entscheidungen gefällt werden, die im Widerspruch zu der Urteilsfindung des Ermittlungsausschusses Stockach stehen. Es ist unmöglich, einen Fragebogen vom grünen Tisch aus zu beurteilen. Es wird schließlich daraus aufmerksam gemacht, daß den Verurteilten die Möglichkeit eines Einspruchs vor einer Berufungsinstanz zu geben ist.

Unbekümmert um das Urteil

Freiburg. Die bisherige Praxis in der Entnazifizierung wirft täglich neuen Staub auf. Trotzdem sollte man annehmen dürfen, daß Urteile, die schon amtlichen Charakter tragen, keine leere Buchstaben bleiben. Dem ist leider nicht so. Nehmen wir nur zwei Beispiele heraus. Im Amtsblatt der Landesverwaltung lesen wir in der Nummer 23:

Mez Moritz, Fabrikdirektor a. D., entlassen. Frey Dr. Walter, Freiburg, während 3 Jahre als Chemiker mit entsprechender Gehaltskürzung zurückgestuft.

Würde es sich um Arbeiter handeln, dann wäre das Urteil ohne Zweifel vollstreckt. Hier handelt es sich aber um zwei höher gestellte Persönlichkeiten, die unbekümmert um ihre Verurteilung auch noch im neuen Jahr die alte Geige in der Rodiaseta spielen. Der zur Entlassung verurteilte Mez trotz sogar heute noch als Chef der Personalabteilung.

In diesem Zusammenhang kann man nicht umhin, die Betriebsleitung der Rodiaseta auf das Amtsblatt der Landesverwaltung, Nummer 23, zu verweisen. Es ist auch nicht unberechtigt, die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen in der Rodiaseta ergaben, mit dem Geist dieser Betriebsleitung in Zusammenhang zu bringen. Was ist also zu tun? Das volle Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates ist mit der Durchführung der Betriebsrätewahl auszubauen und zu sichern. Nur so werden Urteile der Entnazifizierung auch in die Tat umgesetzt werden und ein demokratischer Geist in die Betriebsleitung der Rodiaseta einzug halten. W. F.

Wir fragen an

Offenburg. Im Amtsblatt der Landesverwaltung Baden Nr. 28 steht unter Verfahren über die politische Säuberung: Baldringer Friedrich, Dolmetscher, Offenburg — Auflösung des Dienstverhältnisses zum 1. 12. 46. Wir fragen in Freiburg an, mit welcher Begründung unser Gen. Baldringer politisch gemäßigert wurde, da er in politischer Hinsicht in keiner Weise belastet ist.

USA-Militärregierung kontrolliert

Berlin. Die Berichte der öffentlichen Ankläger in der amerikanischen Zone sollen vor der Verhandlung der Spruchkammern den für die Säuberung zustehenden Offizieren der Militärregierung vorgelegt werden, damit sich Irrtümer und falsche Entscheidungen von vornherein vermeiden lassen.

Leipziger Frühjahrsmesse

Die Leipziger Messe vom 4. bis 9. März wird ein möglichst vollständiges Angebot aller deutschen Wirtschaftszweige in Verbrauchs- und Produktionsgütern bringen...

Es ist Vorsorge getroffen, daß sich die zahlreichen Verbindungen, die sich auf der Messe zwischen allen Teilen Deutschlands und aus dem Auslande anbahnen werden...

Das Angebot wird in den einzelnen Branchen scharf voneinander getrennt, um die Uebersicht zu erleichtern und die Verkaufsverhandlungen zu beschleunigen...

Wirtschafts-Spiegel

Stuttgart. 25.700 Personen standen nach Ermittlung der amerikanischen Militärregierung am 30. September 1946 in Deutschland im Arbeitsverhältnis...

Potsdam. Um der Landwirtschaft in der Mark Brandenburg in erhöhtem Maße die notwendigen Geräte zuzuführen, wurden 5000 Ackerwagen und 5000 Düngelassen in Auftrag gegeben...

München. Einschneidende Kürzungen der Kohlenzuteilungen erforderten die Stilllegung von mehr als der Hälfte der bayrischen Zement-, Ziegel- und Kalkbetriebe...

Köln. Die Belegschaft der Grube „Fortuna“ im Kreis Bergheim forderte die Überführung der Bergbaubetriebe in die Hände der auf demokratischer Grundlage gewählten Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen...

Stuttgart. Die öffentlichen Wohlfahrtsausgaben der Länder der amerikanischen Zone für 1946/47 werden auf insgesamt 1396 Millionen Mark, das sind 21,17 Prozent der gesamten Ausgaben, veranschlagt.

Süddeutsche Meisterschaft

1. FC Nürnberg - FC 05 Schweinfurt 3:0; 1866 München - SV Waldhof 0:0; Ulm 46 - Spielvereinigung Fürt 1:0; Kickers Stuttgart - Eintracht Frankfurt 2:1; VfL Neckarau - VfR Mannheim 1:1.

Das Spiel Kickers Offenbach gegen VfB Stuttgart konnte infolge sehr schlechten Platzverhältnisses nur 2 mal je 25 Minuten durchgeführt werden. Es endete 2:0 für die Offenbacher und wird als Freundschaftsspiel gewertet.

Tabelle nach dem 16. Spieltag. Table with columns for team names and match results.

Zonenliga ist gestartet. Nordzone: FC Saarbrücken - Wormatia Worms 3:0; Kaiserslautern - Neunkircher 6:1; Phönix Ludwigshafen - VfR Trier 2:1.

Das Spiel in Saarbrücken sah die Saarländer deutlicher überlegen als dies im Ergebnis deutlich wird. Selbst Fath, der erstmals wieder bei Wormatia mitwirkte, konnte nichts an der Niederlage ändern.

In der Südpuppe erwiesen sich die Schwaben als viel stärker als man gemeinhin in Baden erwartet hatte. Die Offenburger schufen sich mit Hilfe der Feuerwehr bessere Platzverhältnisse, indem sie sich das Wasser wegpumpen ließen.

Badische Oberliga. Staffel West: Fortuna Freiburg - Kiesel ausgefallen; Blauweiß Freiburg - Emmendingen 2:1; Lahr - Baden-Baden 2:0; SV Ottenau - ASV Freiburg 1:1.

die Gäste zu spät. In Lahr überraschten die Gastgeber trotz des schlechten Platzes mit einer frischen Leistung. Das Spiel war nicht ohne Härten. In Ottenau machten die schlechten Platzverhältnisse beiden Mannschaften zu schaffen...

Die Handball-Oberliga. Fortuna Freiburg - Rastatt 10:1; VfR Freiburg Zähringen - VfL Freiburg 4:1; Lahr - Rottweil Lörrach 2:5; Teningen - Schutterwald 3:9.

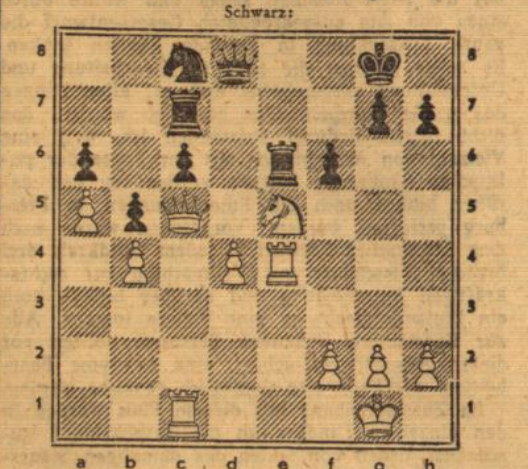
Die Platzverhältnisse ließen auch im Handball nur schwache Leistungen sichtbar werden. Der Favorit Freiburg spielte bei weitem nicht so gut, wie das Ergebnis scheint läßt. Die meisten der 10 Tore fielen in den letzten 15 Minuten.

Sprunglauf in Hinterzarten. Regen, Schnee und Sonnenschein vereinigen sich in Hinterzarten bei den Nordischen Skiwettbewerben zu einer Wettermischung, die alles andere als ideal war.

Die gesamte Schwarzwälder Springergarde war - wie einige Sonntage zuvor in Neustadt - wieder am Start erschienen. Die beste Weite des Tages stand Otto Pfaff, Schonach, mit 56 Metern, Note 467.

Für den Schachfreund

Redigiert von A. Rösch. Der Springer entscheidet. Fast sensationell wirkte der zur Debatte stehende Springerzug in der folgenden berühmten Partie, die zwischen Dr. Euwe und Dr. Aljechin in Zürich 1934 ausgetragen wurde.



Weiß: Dr. Euwe: Kg1, Dc5, Tc1, Te4, Se5, Ba5, b4, d4, f2, g2, h2. - Schwarz: Dr. Aljechin: Kg8, Dd8, Tc7, Te6, Sc8, Ba6, b5, c6, f6, g7, h7.

Deutschland-Rundschau

DIE ENTLASSUNG DER KRIEGSGEFANGENEN. Die Bergarbeiter sind, aus russischer, englischer und amerikanischer Gefangenschaft, forderte die Industriegewerkschaft Bergbau von Sachsen-Anhalt durch den Zentralverband des FDGB.

EIN ALLGEMEINER LEHRERVERBAND wurde auf einer Tagung in Detmold von über 100 Delegierten aus der amerikanischen, britischen und sowjetischen Zone gegründet.

DIE VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES werden auf einer Zonenkonferenz am 22. und 23. Februar in Berlin eine Vereinigung für die gesamte sowjetische Besatzungszone gründen.

DIE ANKLAGESCHRIFT GEGEN PAPAN für die kommende Spruchkammerverhandlung wurde am Sonnabend überreicht.

DIE GOERDELER-DENUNZIANZIN Helene Schwarzl hat gegen das Urteil des Berliner Schwurgerichtes auf 15 Jahre Zuchthaus Berufung eingelegt.

DIE GEWERKSCHAFTEN VON NORDRHEIN-WESTFALEN forderten die Übertragung der Verantwortung für die Wirtschaftsplanung auf deutsche Dienststellen, die dem Landesparlament unterstellt sein sollen.

Suchdienst

Welcher Heimkehrer kann Auskunft geben über meinen Sohn Gefr. Max Gugel, Stab I 1087 545 Volks-Gren.-Division, Feldpost-Nr. 27 344? Lag am 15. 1. 45 bei Jaslo (Polen). Zu letzter Feldpost-Nr. 36 101 A. Angaben sind zu richten an Max Stigel, Schmiedemeister, Mengen bei Freiburg i. Br. (20-156)

Welcher Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft könnte Auskunft geben über den Matrosengefr. Franz Brunner aus Schopfheim, zuletzt in Venedig, Feldpost-Nr. M 63 330, oder welche Angehörige von Gefangenen haben Nachricht von Marinesoldaten, die zuletzt diese Feldpost-Nr. hatten? Antwort erbeten an Frau Josefa Klein in (17a) Schopfheim (Baden), Torstr. 18. (32-358)

Achtung Stalingradkämpfer! Welcher heimgekehrte Stalingradkämpfer kennt mein Mann Hugo Eisele, oder weiß etwas über seinen Verbleib? Letzte Feldpost-Nr. 25 536 B, Nachricht erbittet Frau Friedel Eisele, Lahr i. B., Roßgasse 6. (28-119)

Stellenangebote. Perfekte Köchin in beste Stellung gesucht (Arzt Haushalt). Zuschrift unter Nr. 20-161 an die Geschäftsstelle DNT Freiburg/Brsg., Schwabentorstr. 1.

Richtmeister für Stahlhoch- und Brückenbau m. guten Fachkenntnissen u. Personalführungseigenschaften für wichtige Baustellen sofort oder später gesucht. Bewerbung unter Nr. 32-355 an DNT Offbg., Postfach 361.

Briefmarken. Briefmarkensammler sucht im Tausch Marken Frankreich ab 1945 und gibt dagegen brit., amerik. und teilw. russische Zone, sowie Deutsches Reich ab 1943. Tauschliste zur Verfügung. Richard Herrmann, (24) Hamburg-Wandsbeck, Kühnstr. 1. (R-9)

66. Borek-Briefmarken-Auktion! Einlieferung besserer Marken sofort erbeten. Provision 10% vom erzielten Preis. Richard Borek, Braunschw. Schließf. 18 Gegr. 1893. (KR-1)

Heiraten

Ingenieur, Witwer, Mitte 40, 165 groß, dunkel, Sportfigur, mit angenehmem Äußerh, sucht nette, gebildete Dame. Witwe mit Kind nicht ausgeschlossen. (Event. Einheirat). Bildzuschr. unter Nr. 32-364 erbeten an DNT Offenburg, Postfach 361.

Vermöglicher, strebsamer Mann, 45 Jahre, 1,70 m groß, blond, mit 11-jähriger Tochter, bietet Fräulein oder Kriegerwitwe bis zu 40 Jahre ohne Anhang Einheirat. Zuschriften, möglichst mit Lichtbild, unter Nr. 32-359 an DNT Offbg., Postfach 361.

Einsame Menschen finden Gedanken- und Lebenskameradschaft durch den Briefbund „Der Steg“ (14a) Eisingen, Filz. Näheres gegen Rückporto. Diskreter Postversand. (G-10)

Kriegerwitwe mit 5-jähr. Mädel sucht lb. gut. Partner, 31-38 J., mit ges. Einkommen zw. Heirat. Teilaussteuer,ersp., sp. Vermögen (ev. Wohnung a. d. Lande) vorh. Bildzuschriften unter Nr. 32-357 an DNT Offbg., Postfach 361.

Geschäftstochter, 19 Jahre, nettes Mädel mit gut. Allgemein- und Herzensbildung, aus bester Familie, sehr häuslich, vermögend, sucht zuverlässigen Lebenskameraden Briefe unter 2090 an Institut Unbehaun, Karlsruhe, Sofienstraße 120. (U-1)

Schmalfilme, 16 mm Ton oder stumm, wer verkauft oder verleiht solche? Angebote an S 2011 „ZEITSGHAU“ und Anzeigenvermittlung Schwenningen.

Obst u. Gemüse aus der Schweiz. Die Gemüsebau AG Tägerwilien (Schweiz) liefert nach Deutschland Obst und Gemüse in gutverpackten Harassen mit Frostpackungen. Die Aufträge müssen durch Ihre Verwandten in der Schweiz erteilt und bezahlt werden. (S-10)

Heimarbeit. Wer liefert laufend Schatullen in allen Größen, geschnitten und bemalt, sowie sonstige Schnitzereien, wie Figuren usw.? Zuschriften unter Nr. 32-331 an DNT Offbg., Postfach 361.

Kaufgesuche

Füchse, Marder, Iltise, Katzen, Kanin usw. kauft zu Höchststr. Paul Schuchardt, Pelzwagen Baden-Baden, Sofienstr. 16.

Suche 1 Exzenter-Prosse, 2 Fuß-Pendelpressen, 1 Schlagchere, Elektro-Motoren von 1-10 PS. Verkaufsbedingungen u. R 793 an OBANEX, Anzeigen-Expedit. Freiburg i. Br. (0-26)

Suche Sechssitzer-Mercedes-Personenwagen, Benzin oder Diesel (auch unbereift). Verkaufsbedingungen u. R. 793 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (0-25)

Suche PKW-Diesel-Motor oder Diesel-Personenwagen. Verkaufsbedingungen u. R. 793 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (0-24)

Agitprop-Spieltruppe sucht proletarische Liederhefte und Liedertexte, Spieltexte (von Friedrich Wolf l.w.), außerdem Broschüren, Flugblätter und Material aus der Zeit von 1918-33 und aus der illegalen Zeit. Genossen, die derartige Material durch die Zeit des faschistischen Terrors retteten, werden gebeten, es uns leihweise zur Verfügung zu stellen. Zuschriften erbittet: Kreissekretariat der KPD, Agitpropabteilung, (14b) Tübingen, Pflögehofstr. 3. (938)

Tausch

1 Paar Skischuhe, Gr. 42, neu, gegen 1 Paar Skischuhe, Gr. 43-44, sowie 2 Paar Reittstiefel, Gr. 43 u. 44 zu tauschen. Angebote an Hatbold, Gernsbach i. Murgtal. (10-110)

Pachtungen. Gast- oder Kaffeehaus zu pachten oder kaufen gesucht von Wienerin mit Wohnungenehmigung. Gute Fachkenntnisse, langjährig im ehem. Sudetengau selbstständig gewesen. Zuschr. erbeten unter Nr. 10025 an die Süd-Annonce, Konstanz. (S-11)

Zuschriften werden von uns nicht beantwortet, sondern nur an den Auftraggeber weitargelitet. Der Verlag.

Immobilien

Immobilien Tauschliste

- 1. Einfamilienhaus im Hegau südl. Schwarzwald
2. Einfamilienhaus
3. Einfamilienhaus Nähe Stockach
4. Einfamilienhaus Nähe Sigmaringen
5. Einfamilienhaus am Oberrhein am Verkehrsknotenp.
6. Einfamilienhaus am Oberrhein
7. Einfamilienhaus in Bietigheim
8. Einfamilienhaus in Tuttingen
9. Einfamilienhaus am Bodensee
10. Einfamilienhaus in Frommern
11. Einfamilienhaus am Bodensee
12. Einfamilienhaus
13. Einfamilienhaus Nähe Schweizer Grenze.
14. Einfamilienhaus südl. Schwarzwald
15. Einfamilienhaus bei Donaueschingen
16. Zweifamilienhaus im Hochschwarzwald
17. Zweifamilienhaus in Meßkirch
18. Zweifamilienhaus in Singen
19. Zweifamilienhaus am Schwarzwald
20. Zweifamilienhaus in Vaihingen
21. Zweifamilienhaus in St. Georgen (Schw.)
22. Zweifamilienhaus in Rottweil
23. Zweifamilienhaus in Villingen
24. Dreifamilienhaus in Singen
25. Dreifamilienhaus in Säckingen
26. Dreifamilienhaus in Schwenningen
27. Dreifamilienhaus in Schwenningen
28. Fünffamilienhaus
29. Sechsfamilienhaus in Furtwangen
30. Hausanteil in Tuttingen
31. Gastwirtschaft bei Tuttingen
32. Lebensmittelgeschäft bei Spaichingen
33. Lebensmittelgeschäft in Konstanz
34. Gastwirtschaft bei Tuttingen
35. Gasthof in Badoert
36. Geschäftshaus in Engen
37. Metzgereianwesen in Landort
38. Zahnpraxis an Industriepark
39. Landwirtschaft bei Villingen
40. Landwirtschaft bei Singen
41. Landwirtschaft im Hochschwarzwald

Ich bitte um Gegenangebote. Landwirtschaft bis zu 60 Morgen zu kaufen gesucht. (32-365) Beteiligungen von 20.000 bis 250.000 Mk. Angebote an Anton Bugge, Immobilien seit 1924, Iumendingen, Postfach 27.

Geschäftsanzeigen

Wir schärfen und erneuern Ihre alten und verbrauchten Werkzeuge, wie Fellen, Raspeln, Feilscheiben, Fräser usw. Lieferzeit 14 Tag bis 3 Wochen. Alt & Co. A.G., Werkzeugerneuerung, Snever/Rhein, Johannisstr. 22.

Walter Neckel, Warenvermittlung u. Industrie-Vertretg., Hamburg-Blankenese, Blankenese Landstraße 64, Telefon 46 05 23. Ich bearbeite die engl., amer. u. franz. Zone. Durch eigene Agenturen u. einen ausgewählten Vertreterstab bin ich in Handels- und Industrie-Kreisen bestens eingeführt u. vermittele laufend Waren aller Art, Warenangebote und -Nachfragen erbeten. (32-352)

Wacker-Generatoren für Holz u. Braunkohle für PKW und LKW. Wacker-Generator Baby 50 kg Gewicht, liefert Gisbert Wacker GmbH, Wehr (Baden), Telefon 310. Einige Vertreterbezirke sind noch frei. (0-22)

Kohlennotlieferung durch Herstellung von Hausbrand aus Rohstoffen, die in jedem Haushalt vorhanden sind oder billig beschafft werden können. Anleitungen erhalten Sie unter K 788 OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (0-23)

Kleine Geschenke, die Freude bringen, finden Sie bei Emil Hemler, Freiburg i. Br., Scheffelstr. 19, Hofgebäude. Kleilverkauf: Dienstag, Donnerstag und Samstag. (0-24)

Alma-Schnitte, das unentbehrliche Zuschneidesystem für die Haus-schneiderei. Jeder Schnitt ein Maßschnitt. Sie können damit alle Garderobe und Wäsche für jede Figur, auch für Kinder und Wäsche für den Herrn herstellen. Das lästige Anprobieren fällt fort. 56 neueste Modelle mit über 500 Einzelschnitten und 40 Maßen für alle Ober- u. Hüftweiten. Einmalige Anschaffung. Preis Mk. 8.65 und Mk. 1.- für Porto und Nachnahme. Zu beziehen durch Friedrich Ahlf, (14a) Ludwigsburg 95, Postfach 143. (M-1)

„Der Betriebsberater“ Halbmonatsdienst für Wirtschaft, Steuer und Sozialrecht. Das Organ für Wirtschaftler, Anwälte, Treuhänder, private und wirtschaftliche Betriebe, im Abonnement zu beziehen durch: KOCKS ZEITSCHRIFTEN (17b) Radolfzell (Solensee)

Städtische Bühnen Freiburg. Kammerspiele. 15. Januar, 16 Uhr: „Stefan mit der langen Nase“. 16. Januar, 19.30 Uhr: „Kabala und Liebe“. (St-4)

Friedrichsbau-Lichtspiele FREIBURG. Bis einsch. Mittwoch, den 15. 1. 1947.

Arzt aus Leidenschaft mit Albrecht Schönhals - Hans Gerda Maurus - Hans Söhner - Karin Hardt. - Ab Freitag, den 17. 1. 1947, zeigen wir nach langjähriger Unterbrechung zum ersten Mal ein Werk russischer Filmkunst.

Vier Herzen mit deutschen Untertiteln. Eine lustige Komödie aus dem heutigen Rußland. Darsteller: V. Serova - I. Zolkowskaja. - Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30 Uhr, Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf an den Spieltagen und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse. (Fr-8)

Achtung Hersteller! Kaufe laufend jede Menge Haushalts-u. Geschenkartikel (Abholung per Auto). Marga Kapp, Haushalts- und Geschenkartikel, Villingen, Obere Str. 10 (Gashaus z. Löwen). (38-104)

Advertisement for Esso and Essolub motor oils, featuring an image of a car and the Esso logo.

Marianne Herz: Unwandelbar

Seitdem ich für unwürdig erachtet wurde, der Schule weiterhin anzugehören, bin ich nicht mehr hierher gekommen.

Mich überkommt tatsächlich ein Gefühl des Grauens, wenn ich über dem Eingang in steifen großen Buchstaben die Worte „Städtische Mädchenoberschule“ lese.

Ich sehe die tägliche Szene im Unterricht vor mir: Fräulein Krummhaar, auf dem Katheder thronend, ruft eine Schülerin an: „Gestatten Sie, daß ich Sie eben störe.“

Während ich diesen Gedanken nachhänge, schrecken mich nahende Schritte auf. Ist es die Möglichkeit? Da kommt sie ja! Natürlich ist sie das mit ihrem steifen Gang.

Hermynia zur Mühlen:

Said der Träumer

4. Fortsetzung

Mustapha, der Schmied, wurde böse. „Du bist wie Said, bist ein Träumer.“

Aber der kleine Selim ließ sich nicht einschüchtern. Er hatte unter den Fremden einen Freund gefunden, Antonius, den Bruder des toten Grachus.

Mustapha, der Schmied, kratzte sich den ergrauenden Kopf; sollte der kleine Selim wirklich klüger sein als er?

Und eines Tages kam der kleine Selim gelaufen, keuchend und rot vor Erregung. Er zog den Vater in eine Ecke der Stube und flüsterte atemlos: „Vater, Vater, Antonius läßt dir sagen, daß heute nacht ein Teil der Krieger fortgeht.“

An diesem Tage fanden die Beine des kleinen Selim keine Ruhe; sie liefen von Feld zu Feld, von Hütte zu Hütte.

KARL UDE: Wenn man Noten umblättern muß . . .

Wenn sich ein Geiger und ein Pianist zusammen tun, um einen Abend lang Sonaten zu spielen, treten meist nicht bloß zwei Personen in Erscheinung, sondern drei: der Geiger, der Pianist und noch jemand, der diesem die Noten umblättern hat.

Ich weiß nicht, ob es sich hierbei um ein richtiges Gewerbe handelt, wahrscheinlich ist es weniger ein Beruf als ein Freundschaftsdienst an der Kunst.

Oh, glaube doch niemand, man brauche bloß Noten lesen zu können, und alles übrige sei nicht der Rede wert! Nein, es gehört auch so etwas wie innere Festigkeit und Gelassenheit dazu.

Die beiden Musikanten, wenn sie das Künstlerzimmer verlassen, sind statlich befrachtet und



Zeichnung von W. Kunze

dürfen sich auch sonst ihrer Würde und ihrer Bedeutung voll bewusst sein. Sie aber, die unangekündigte Dritte, hat sich in wesentlich schlichterem Gewand neben ihnen einzufinden.

Und dann das Verhalten auf dem Podium: Geht sie voran, wie es einer jungen Dame geziemt? Keineswegs! Sie hat den beiden prunkvoll glänzenden Fräcken ergeben den Vortritt zu lassen.

Hat endlich das Spiel begonnen, heißt es für sie, unbefruchtet dazusitzen und wachsam den Noten zu folgen.

beim Umwenden des Blattes erhob sie sich lautlos, streckte mit anmutig behutsamer Gebärde die Hand aus, schlug die Seite nach einem kaum merklichen Blickwechsel mit dem Spieler zurück und nahm wieder die abwartend gelassene Haltung ein.

Nach Schluß des Werkes, als die beiden Musikanten sich, von Beifall überschüttet, lächelnd nach dem Saal hin verneigten, ging sie, wiederum die Noten unter dem Arm, nach der Tür im Hintergrund. Nun schien sie mit einem Male auf ergreifende Weise vereinsamt.

Glaubt man mir nun, daß es beim Notenumblättern auch der inneren Festigkeit bedürfe? Wie sonst hätte sie, die unbeschenkte Dritte von gestern, so neidlos und gelassenen Wesens zu ertragen vermocht, mit an der gedeckten Tafel zu sitzen, so handgreiflich nahe bei Ruhm und Bewunderung, und doch nichts von dem selber kosten zu dürfen, was jedes Menschenherz begierig macht?

Kultur-Notizen

Der jetzt 63-jährige Waldemar Bonstels hat einen neuen historischen Roman „Der Aufbruch“ geschrieben, aus dem er dieser Tage in Düsseldorf vor einem kleinen Kreise vorlas.

Der Moskauer Rundfunk gibt für seine deutschen Hörer, die mit ihm zu korrespondieren wünschen, seine Anschrift bekannt. Sie lautet: Moskau, Radiokomitee.

Mit der Aufführung von Erich Kästners „Emil und die Detektive“ wurde in Leipzig im Rahmen der „Leipziger Woche 1946“ das Sächsische Theater der jungen Welt eröffnet.

Die marxistische Zentralbibliothek in Leipzig ist in gemeinsamer Arbeit und durch Stützung von Mitgliedern der Arbeiterpartei, nachdem 1933 die Nazis die Bibliothek der Arbeiterbewegung auf dem Meißner vollständig verbrannt hatten, wieder neu entstanden.

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung hat nun auch in Bremen seine Tätigkeit aufgenommen. Der Leiter der Bremer Wirkungsgruppe ist der Dichter Manfred Hausmann.

bei allen Göttern, daß wir uns von nun an den Gesetzen des Tales fügen, gegen euch wie liebende und hilfsbereite Brüder handeln werden. Ich schwöre!“

Er hob die Hand, und alle Gefangenen ahmten sein Beispiel nach, hoben die Hände und riefen wie aus einem Munde: „Wir schwören! Wir schwören!“

„Und ihr werdet den Schwur solange halten, bis die übrigen Krieger zurückkommen, wie?“ fragte zornig Antonius. Said aber, seltsame Freude auf dem gültigen alten Gesicht, sprach: „Ihr hörtet die Worte, Männer des Tales! Said barmherzig, ich, euer Richter, flehe um Erbarmen für die Fremden. Haben sie doch ihr Unrecht eingestanden und Besserung gelobt.“

„Wolf bleibt Wolf“, murrte Mustapha, der Schmied. Aber Said redete weiter, bat, beschwor. Hätte er um das Leben seiner eigenen Kinder gefleht, er würde keine bereuernden Worte gefunden haben. Stumm lauschten ihm die Männer des Tales; Mustapha bemerkte voller Unruhe, daß Said's Flehen ihr Herz rührte.

Der Rat trat zusammen. Für den Tod der Gefangenen stimmten nur Mustapha, Antonius und drei andere Krieger; die übrigen stimmten alle für Begnadigung. Said trat zu Marius und löste dessen Kette: „Erhebe dich, mein Bruder Marius, als freier Mann und gedeknte deines Schwures.“

Marius umarmte weinend den Richter des Tales, und auch die übrigen Gefangenen umarmten die Sieger, wiederholten ihren Eid und priesen die Barmherzigkeit der Talbewohner. Nur Mustapha, der Schmied, und Antonius mit den drei anderen Kriegern standen zornig abseits und teilten die allgemeine Freude nicht.

Am nächsten Tag ließ Said mit großen goldenen Lettern in das Steintor meißeln: „Hier siegte die Liebe.“

Antonius aber betrachtete kopfschüttelnd die Worte und sprach zu seinem Freund, dem kleinen Selim: „Es müßte heißen: Hier siegte die Dummheit.“

DAS PORTRÄT

Unter diesem Titel wird „DER NEUE TAG“ in der Folge auf die Persönlichkeiten des geistigen Lebens in gedrängter, skizzenhafter Form hinweisen, die in ihrem Wirken für die Ideale der Freiheit und Humanität den braunen Machthabern gefährlich erschienen und aus dem Bewußtsein unseres Volkes teiltig wurden.

Klabund



Der im Jahre 1891 zu Crossen geborene Alfred Hensche, der sich als Dichter Klabund nannte (was so viel wie „Wandlung“ bedeutet), kann in seiner geistigen Haltung als typisch für eine schmale Schicht der deutschen Intelligenz angesehen werden.

andersonsetzungen zwischen den Klassen. Im rastlosen Suchen nach Schönheit und Licht standen ihre Vertreter, die wie Klabund meist dem Kleinbürgertum entstammten, zwischen den Fronten, im gesellschaftlichen Niemandsland. Hier wirkten die Erschütterungen der Zeit zermürbend und zersetzend auf Seele und Geist.

In den Werken Klabunds, dessen Gemüt zu allem ein unheilbares Lungenleiden befähigte, offenbart sich die Unsicherheit. Seine Verse, die oft von rücksichtsloser Wahrhaftigkeit sind, lassen den quälenden Zwiespalt einer schwankenden Natur erkennen. Sie sind in den Bänden „Morgenrot“, „Die Himmelsleiter“, „Dreiklang“ zusammengefaßt. Sein episches Schaffen füllen die Romane „Moreau“, „Bracke“, „Plott“ und seine reizvolle Literaturgeschichte „aus, in der in essayistischer Form ein gedrängter Abriss der Weltliteratur zu geben versucht wird. An Bühnenwerken schuf Klabund das bühnenwirksame „XYZ“ und den „Kreidekreis“.

Bis in die Bereiche gültiger Dichtung ragt er aber vor allem in seinen Nachschöpfungen östlicher Dichtungen: „Li Tai Pe“, „Dumpe Trommeln und berauschte Gong“, „Das Singedicht des persischen Zeltmachers“. Als Nachbildner chinesischer Originaldichtung blieb er bis heute unübertroffen.

Das Lungenleiden hat Klabund noch vor der Nazizeit hinweggerafft. Der Name des Dichters, der auf der Schwelle zwischen bürgerlichem Beharren und proletarischem Vorwärtsschreiten verblieb, wurde in der Zeit brauner Despotie nicht ausgesprochen. Das Schweigen vermochte kein Vergessen zu erzwingen.

Klage der Garde

General! Wir sind des Kaisers Leiter und Sprossen! Wir sind wie Wasser im Fluß verflossen. . . Nutzlos hast du unser rotes Blut vergossen. . . General!

General! Wir sind des Kaisers Adler und Eulen! Unsere Kinder hungern. . . Unsere Weiber heulen. . . Unsre Knochen in fremder Erde fäulen. . . General!

General! Deine Augen sprühen Furcht und Hohn! Unsre Mütter im Fron haben kargen Lohn. . . Welche Mutter hat noch einen Sohn? General!

Aus dem chinesischen „Schi-king“, nachgedichtet von Klabund.

Feuilleton-Redaktion: Dr. Walter Kunze, Freiburg i. Br., Vauban-Str. 11

den Einfluß des alten, halbblinden Mannes, den viele im Tale noch um seiner Güte willen liebten. Als die Nacht am dunkelsten war, drangen die Männer des Tales in die Stadt der Fremden ein, überwältigten nach kurzem Kampf die Schlafenden, töteten etliche und nahmen die anderen gefangen. Am Morgen wurde Said durch die Jubelrufe der Frauen geweckt, die den Sieg der Ihren feierten.

Der Richter des Tales eilte, so rasch ihn die alten Flüsse tragen konnten, nach der Stadt der Fremden. Hier fand er die Gefangenen, bewacht von den Männern des Tales und einigen Kriegern, die zu den Talbewohnern übergegangen waren und an ihrer Seite gekämpft hatten.

„Du kommst zur rechten Zeit, Richter des Tales“, sprach Mustapha. „Wir halten eben Rat ab, um zu entscheiden, was mit den Gefangenen geschehen soll. Ich stimme für ihren Tod.“

Said erschrak: „Sie sind hilflose Gefangene, Mustapha, sind Menschen wie wir . . .“

Aber der Schmied unterbrach ihn. „Öffne die Augen, du Träumer, und erkenne endlich die Wirklichkeit! Wir nahmen diese Menschen mit Liebe auf und halfen ihnen wie Brüder. Wir befolgten ihnen gegenüber deine Lehre. Sie aber machten uns zu Sklaven, raubten uns, die wir uns nicht wehren, das fruchtbare Land, zwangen uns, für sie zu arbeiten, ließen unsere Kinder hungern, während sie selbst im Ueberfluß lebten. Blicke dich um im Tal, Said, in jeder Hütte herrschen Not und Angst. Hilflos waren wir diesen Menschen ausgeliefert. Nun sind sie in unserer Hand. Geben wir sie frei, so ist es möglich, daß sie wieder zur Macht gelangen. Dann aber werden sie sich blutig rächen und unser Los wird ein elendes sein.“

„Schweig, Mustapha, aus dir spricht der Haß!“ „Nein, Richter des Tales, aus mir spricht nicht der Haß, sondern die Liebe, die Liebe zu den Unsern, zu den Geknechteten und Beraubten. Die Liebe zu den Kindern und den noch ungeborenen Geschlechtern, die ich vor einem fürchtbaren

Schicksal bewahren will. Aber diese Liebe für die Unseren fordert gebieterisch den Haß wider die Feinde. Deine Liebe, Said, ist schwach und unecht, denn du vermagst nicht zu hassen. Siehe, hier stehen 200 Mann gefangen vor uns, das Tal aber zählt achttausend Bewohner. Ich will dich an ein Erlebnis aus deinen Kindertagen erinnern, das du vergessen hast. Damals machtest ein reisender Löwe das Tal unsicher. Die Bestie hatte einmal Menschenblut geleckt, und von da an raubte sie die Kinder und verschlang sie. Die Männer des Tales beschlossen, auszuziehen und den Löwen zu töten. Da kam ein kleiner Knabe gelaufen, du warst es, Said, und sprachst: „Der arme Löwe, er weiß nicht, daß er Böses tut. Wir wollen ihn nicht töten, sondern ihn eines besseren belehren.“ Und ehe die Männer dich daran hindern konnten, liefst du in den Wald. Mein Vater rettete dir das Leben, aber du trägst noch heute auf der Brust die Narben, denn der Löwe wollte sich nicht belehren lassen und fiel über dich her. Damals fragte der kleine Said, als er von seiner Krankheit genas, voller Angst: „Ist der Löwe tot?“ Und als ihm mein Vater das Löwenfell zeigte, seufzte er erleichtert auf: „Nun wird der Löwe keine Kinder mehr verschlingen.“ In jenen Tagen, Richter des Tales, warst du klüger als heute, da du den reisenden Löwen schonen und dadurch das Leben der Kinder gefährden willst.“

Mustapha verstummte, aber die Männer des Tales und die mit ihnen verbündeten Krieger erhoben die Stimme und schrien: „Tod, Tod! Tod!“

Said blickte verzweifelt von den Seinen auf die Gefangenen und rang in stummer Qual die Hände. Da rief Marius, der am Bein verwundet, zwischen den Gefangenen lag: „Höre mich an, o Said, und auch ihr, Männer des Tales, vernehmt meine Worte! Schuldig sind wir, und der Tod wäre eine gerechte Strafe für unsere Untaten. Ihr aber, die ihr der Lehre der Liebe anhängt, werdet auch mit uns armen Sündern Erbarmen haben. Seht, ich erhebe die Hand und schwöre

(Fortsetzung folgt)

Freiburg, 15. Januar

Es machte kurz „Bumms“ und die Röhren waren durchgebrannt. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Ich mochte den alten Kasten drehen und wenden wie ich wollte, alles war vergeblich; die Kiste tat etwas, was sie bisher nie getan hatte, sie streckte. In früheren Zeiten, als man ihr noch einfach unter den Arm klemmen und damit zum nächsten Fachmann und Spezialisten saßen konnte, da fiel es dem Biest nicht im Traum ein, so mir nichts, dir nichts auf die Tour „taubstumm“ zu reisen. „Komisch, das Ding ist nicht tot zu kriegen“, meinte mancher anerkennend. Und heute, ausgerechnet heute, wo noch dazu die Uebertagung vom Sportstadion Hintertipfalkirchen stattfand! Langsam schien sich meiner eine Weltuntergangsstimmung zu bemächtigen. Ein verregener Sonntagnachmittag und kein Radio im Haus — fürchterlich, gar nicht auszudenken! — Ich zermarterte mein Hirn, ich stürzte mich kopfüber in geistige Unkosten und zerwühlte mein ohnedies spärliches Haupthaar. Da klopfte es. Nachbars Jüngster, der kleine Fritz, stand schüchtern im Türschwelle, ein kleines Blechdöschen von der Größe einer Schuhwischschachtel in der Hand haltend. „Ich wollte — nur — ich wollte nur fragen, ob Sie noch von früher her einen Kopfhörer haben. Ich will nämlich meinen Radioapparat ausprobieren!“ Und damit streckte er mir die Schachtel her. Das wars! Die Rettung, die Erluchtung! — Ich sauste wie ein wildgewordener Handfeger in die Rumpelkammer und hatte bald gefunden, was ich suchte: einen Kopfhörer von anno dazumal, als die Großmutter... Und zwei Minuten später saßen wir andächtig lauschend, jeder eine Hörmuschel am Ohr haltend, am Tisch. Wir waren noch zurecht gekommen, zum Pokalländerspiel auf dem Stadion von Hintertipfalkirchen! Eine kleine Schuhwischschachtel aus Preisstoff, ein alter Kopfhörer, eine lächerlich einfache Schaltung im Innern der Schachtel und der verregene Sonntagnachmittag war gerettet.

Landwirtschaftlicher Anbauplan in Südbaden

Das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung hat im September 1946 die Anordnungen zur Durchführung des Anbauplans 1946-47 für die Landwirtschaft herausgegeben. Dieser von der französischen Militärregierung aufgestellte Plan stützt sich auf die Zahlen der Bodenbenutzung des Jahres 1938, dem letzten normalen Jahr vor dem Kriege, und fordert folgenden Anbau: Brotgetreide 95 000 ha, Mais 3500 ha, Hafer 22 500, Kartoffeln 38 500 ha, Zuckerrüben 300 ha, Futterrüben 13 900 ha, sonst Hackfrüchte 1000 ha, Hülsenfrüchte 1000 ha, Grüngemüse 4500 ha, Tabak 3400 ha, Hopfen 20 ha, Flachs 300 ha, Oelisaaten 3500 ha, Saat- und Pflanzgut 4500 ha, Futterpflanzen 4680 ha, Wiesen und Weiden 40 600 ha.

Die gesamte Kulturlfläche würde also 237 200 ha betragen und enthält das für militärische und andere Zwecke der Landwirtschaft entzogene Nutzland. In größerem Umfang aber wird eine Umstellung von extensiver Dauerwiesenerwirtschaft auf intensivsten Ackerbau stattfinden müssen: 6 % der gesamten Wiesenflächen Südbadens, 13 400 ha, müssen nach und nach umgebrochen werden, davon in diesem Winter noch 5000 ha. Auch die Rodung von geeigneten Waldstücken kommt in Frage.

Für die Durchführung des Anbauplans sind die Bürgermeister verantwortlich, welche auch die den einzelnen Gemeinden zufließenden Betriebsmittel, wie Saatgut, Geräte, Treibstoffe usw. entsprechend den zugeteilten Anbauflächen zu verteilen, und die gegenseitige Hilfe der einzelnen Betriebe innerhalb der Gemeinde, den Austausch von Arbeitskräften und die gemeinschaftliche Benützung von Arbeitsgeräten usw. durchzuführen haben. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Die Ortsleistungsausschüsse und die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind zur Mitarbeit und zur Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftsämtern aufgefordert. Der Anbauplan

muß durch Flurbereinigung und Zusammenlegung, durch die Zusammenfassung von Haupt- und Sonderkulturen zu geschlossener Nutzung und zum gemeinschaftlichen Einsatz von Maschinen, Förderung der Saatgutvermehrung und des Anbaus auch kleinster Grundstücke gefördert werden. Einen Begriff von der Größe der Aufgabe, die der Landwirtschaft in diesem Jahr bevorsteht, gibt ein Zahlenvergleich, aus dem hervorgeht, daß es sich darum handelt, nach dem Tiefstand der letzten Jahre die Erzeugung wieder einem normalen Friedensstand anzunähern:

Erzeugnisse	Anbaufläche in Südbaden ha			
	1938	1943-44	1945	1946-47
Brotgetreide	96 100	75 100	73 000	95 000
Mais	3 400	3 000	3 000	3 500
Hafer	25 800	19 800	19 900	22 500
Kartoffeln	42 100	31 100	32 600	38 500
Rüben	12 500	13 900	14 200	14 200
And. Hackfrüchte	1 000	500	—	1 000
Tabak	2 000	1 800	150	3 400
Hopfen	50	—	—	20
Hafer und Flachs	450	100	1 100	300
Oelisaaten	1 200	3 500	3 500	3 500
Hülsenfrüchte	600	700	—	1 000
Grüngemüse	3 300	?	?	4 500
Saat- u. Pflanzgut	3 600	?	?	4 500

Freiburger Veranstaltungen

Mittwoch, 15. Januar:
Seldtsche Bühnen, Casino: Huldigung an Chopin, 21 Uhr
Südt. Bühnen, Kammerpiele: Stefan mit der langen Nase, 16 Uhr

Donnerstag, 16. Januar:
Südt. Bühnen, Casino: Huldigung an Chopin, 19.30 Uhr
Südt. Bühnen, Kammerpiele: Kabale und Liebe, 19.30 Uhr

Freitag, 17. Januar:
Südt. Bühnen, Casino: Séance française

Täglich:
Casino-Lichtspiele: Die Gattin, bis einschl. Donnerstag, Der wilde Walzer, ab Freitag.
Friedrich-Lichtspiele: Arzt aus Loungenschaft, bis einschl. Mittwoch, Vier Herzen, ab Freitag.
Harmonie-Lichtspiele: Ein Jahr später, Immensee, bis einschl. Donnerstag, Maria Chapdelaine, ab Freitag.
Union-Lichtspiele: Und die Musik spielt dazu, bis einschl. Donnerstag, Die Satansboten, ab Freitag.
Augustinermuseum: Verlängerung bis 19. Januar: Käthe Kollwitz-Gedächtnis-Ausstellung. Teile der Ausstellung: Meisterwerke mittelalterlicher Kunst. Haus Stadelmann: Ausstellung Anton Karcher. Haus Scherer: Weihnachtsausstellung Freiburger bildender Künstler.
Kunstspiegel: Moderne Malerei.
Siegfried Dufner: Ausstellung Ewald Sachs.

Tarifverträge - mit wem?

In den Jahren vor 1933 wurden die Tarifverträge von den Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden abgeschlossen. Das waren die Zeiten der Weimarer Republik, aus denen wir sehr vieles zu lernen haben.

Als Hitler zur Macht kam, bestand die erste Aufgabe Leys darin, die vorhandenen Tarifordnungen zu liquidieren und neue Tarifordnungen im Geiste der Kriegspläne von Hitler zu erlassen. Parallel mit dem „Gesetz zur nationalen Arbeit“ wurden auch in den Tarifordnungen die Prinzipien von „Führer und Gefolgschaft“ verkündet. Leider können wir noch nicht behaupten, daß seit dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes im Kampf für eine neue Demokratie mit sämtlicher Nazi-Demagogie von „Führer und Gefolgschaft“ aufgeräumt worden sei. Im wesentlichen sind selbst Leys Tarifordnungen noch in Kraft. Diese Frage gewinnt schon deshalb eminente Bedeutung, weil die Tarifordnungen von Ley mit dem notwendigen demokratischen Geist in den Betrieben, mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten und mit der restlosen Überwindung der Nazideologie nicht zu vereinbaren sind.

Es ist selbstverständlich, daß nun nach der Durchführung der Betriebsratswahlen der Abschluß von neuen Tarifverträgen genau so aufgerollt werden muß, wie die neuen Betriebsvereinbarungen. Tarifordnungen, die von Ley erlassen worden sind, müssen ebenso wie das „Gesetz zur nationalen Arbeit“ aus den Betrieben verschwinden. Während die neuen Betriebsvereinbarungen betrieblich geregelt werden, besteht selbst bei den verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären noch keine Klarheit darüber, mit wem die neuen Tarifverträge abgeschlossen werden sollen. Wer soll Vertragspartner sein? Sollen wir abermals dort beginnen, wo wir als Gewerkschaftler vor 1933 mit den Unternehmerverbänden aufgehört haben, oder wollen wir die bitteren Lehren aus der Vergangenheit ziehen und neue Wege beschreiten? Es muß schon ausgesprochen werden. Die alten Unternehmerverbände können nicht mehr in Frage kommen. Sie wurden zu Organisationen des Hitlerstaates und

sind auch mit ihm zusammengebrochen. Besonders in der sowjetischen Zone haben nicht wenige Unternehmer vor dem Einmarsch der alliierten Truppen das Weite gesucht. Diese Unternehmerverbände zu rufen, heißt, die Reaktion zu organisieren und zu stärken.

Das Suchen nach einem neuen Partner für den Abschluß der Tarifverträge darf nicht schwer fallen. Denken wir an die Industrie- und Handelskammern, die mit der Einschaltung der Gewerkschaften als mitbestimmender Faktor — also nach ihrer Demokratisierung — in Betracht kommen müssen. Jawohl, Demokratisierung der einzelnen Abteilungen. Nicht aber als Köder, wie es schon verschiedene Unternehmer zum Ausdruck gebracht haben. Es handelt sich für die Gewerkschaften nicht darum, einen Gewerkschaftler in die Industrie- und Handelskammer zu setzen, weil er Kaufmann werden will. Er geht auch nicht darum, einen Landarbeiter in die Landwirtschaftskammer zu bringen, damit er Bauer werde; gar nicht zu reden von der Ueberheblichkeit verschiedener Unternehmer, die glauben, die Industrie- und Handelskammer sei eine berufliche Angelegenheit, in der die Gewerkschaften nur Dummdheiten anrichten könnten. Mit solchen Auffassungen über den demokratischen Neuaufbau unserer Wirtschaft muß Schluß gemacht werden. Notwendig ist, daß in den einzelnen Organen der Industrie- und Handelskammern jene Kräfte vertreten und mitbestimmend sind, die in der Produktion die Hauptrolle spielen. Deshalb ist auch die Forderung absolut berechtigt, die Organe dieser Instanzen aus je einem Drittel mit Vertretern der Gewerkschaften, der Unternehmer und der kommunalen Verwaltung zusammenzusetzen. Sämtliche Organe, wie z. B. für Textil, Metall, Holz usw. sind so auf demokratischer Grundlage aufzubauen. Damit erhalten sie die Berechtigung, als Partner für den Abschluß von Tarifverträgen in Frage zu kommen. Also kein Anknüpfen dort, wo wir schon einmal aufgehört haben, keine Aufrechterhaltung für die alten Unternehmerverbände, sondern das volle Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter und Angestellten ist zu verwirklichen.

Lebensmittelkarte Freiburg-Land

Der Aufenthalt auf einem Bahnhof ist in heutiger Zeit eine recht ergötzliche und interessante Angelegenheit. Man hört so die Menschen über allerlei, zum Teil nützliche, zum Teil oft erhebende Dinge reden. Z. B. über das uralte Thema Wetter, oder über die Sorgen der Skifahrer und deren klimatische Prognosen; neben der Wohnungsfrage jedoch dürfte wohl die Ernährungsfrage das am meisten behandelte Thema sein. Dem einen reichen die Karten voll aus, Westhalb und wie eigentlich, erscheint uns schleierhaft. Den anderen aber, und sie bilden die überwältigende Mehrheit, reicht die Lebensmittelzuteilung hinten und vorne nicht, was uns sofort einleuchtet. Neben mir steht zum Beispiel eine Frau, die nach Kirchzarten verzogen ist, weil ihre Wohnung in Freiburg nur noch aus einem Häufchen Trümmer besteht. Hier in Kirchzarten hat sie wenigstens ein Dach über dem Kopf und im Winter eine warme Ecke. Das ist ja recht schön und gut. Aber nun kommt, abgesehen davon, daß sie in der Bombennacht ihre sämtlichen Angehörigen verloren hat, der wunde Punkt in ihrem gegenwärtigen Dasein und das sind die lieben Lebensmittelkarten. Sie bekommt sie mit dem berechtigten Aufdruck „Freiburg-Land“. So eine Karte hat es in sich. Sie ist wählerisch. Für Teigwaren ist sie sich zu gut. Der irische Zucker war ihr nicht vornehm genug. Abgesehen davon, daß man ihn ja eigentlich auf bestimmte Abschnitte des Beiblattes erhielt. Gewiß, die Frau wohnt nicht mehr in Freiburg, aber sie ist Freiburgerin, trotz alledem. Man sollte solche Menschen nicht im Stich lassen. Zugegeben, sie wohnt augenblicklich auf dem Land, aber es ist doch heute so, daß mancher Bauer einem bestimmt nicht so viel wie möglich aufdrängt, nur, daß man wieder geht. Die meisten sehen es doch am liebsten, wenn man mit allerlei „schweren“ Sachen beladen zum Hofort hereinmarschiert. Woher soll aber eine alleinstehende, noch dazu ausgebombte Person diese Dinge beziehen? — Auf diese bequeme Ausrede: „Die Frau wohnt ja auf dem Land!“ können wir uns nicht so ohne weiteres einlassen. Es müßte der zuständige Stelle bestimmt möglich sein, sich ein wenig mehr um diese Menschen zu kümmern. Denn gerade unter ihnen hat manchen das Schicksal sehr

hart getroffen. Und schließlich sind es ja immerhin Freiburger!

Der Gärtner im Winter

Es ist bestimmt nicht uninteressant, einmal festzustellen, welche Unterschiede in der Ausgabe der Schwerarbeiterkarte gemacht werden. Der Gärtner ist ein Mensch, dessen tägliche Arbeit wohl niemand als leicht oder körperlich nicht anstrengend ansehen wird. Außer einigen wenigen vielleicht.

Im Sommer bekommt er die Schwerarbeiterkarte II. Und im Winter? Man scheint der Meinung zu sein, daß er in dieser Zeit seinen Winterschlaf hält! Dabei sind gerade die Winterarbeiten in einer Gärtnerei durchaus nicht leicht zu nennen. Denn das Umsetzen der verschiedenen Erdraufen ist bestimmt kein Kinderspiel. Abgesehen davon, daß die Erde nicht nur von einem Platz zum andern bewegt werden muß, sie will auch noch außerdem durchs Sieb geworfen sein. Aber das ist noch nicht alles. Mistbeetkästen müssen gepackt werden, Mist muß herbeigefahren werden zur Aufzucht des Frühgemüses. Das Ernährungsamt verlangt es so. Diese Arbeiten können natürlich ganz gut bei der einfachen Lebensmittelzuteilung verrichtet werden! Soll sich doch der Gärtner an der frischen Luft schadlos halten! Es ist ja ungleich wichtiger, daß Büroangestellte einer Freiburger Weinkellerei, deren Name nichts zur Sache tut, oder eine x-beliebige Angestelltengruppe der Eisenbahn, die ihr nicht zustehende Schwerarbeiterkarte II erhält.

Wir aber sind der Meinung, daß Ungerechtigkeiten nur dazu da sind, um ausgemerzt zu werden. Darum sollte es eigentlich die Aufgabe der zuständigen Stellen und Organe sein, bei der Ausstellung der Schwerarbeiterkarte gerecht vorzugehen. Vor allem soll zur Wintertime der Gärtner nicht etwa als Erholungsurlaub beträchtet werden. Andernfalls haben wir Gärtner absolut nichts dagegen, wenn die Angestellten verschiedener Ämter in ihrem Urlaub unsere Erdraufen umsetzen. Vielleicht würden wir dann die Schwerarbeiterkarte III, wenn nicht gar IV erhalten. HeKd.

Freiburger Chronik

Im ganzen Stadtgebiet sind nunmehr ärztlich geleitete Mütterberatungsstellen eingerichtet worden. Die unentgeltlichen Beratungsstunden sind aus den amtlichen Bekanntmachungen ersichtlich. In diesen Sprechstunden werden auch die erforderlichen Bescheinigungen zum Bezug der Zusatzkarte für werdende Mütter ausgestellt.

Die Käthe-Kollwitz-Gedächtnisausstellung wird bis einschließlich 19. Januar verlängert. Die Verlängerung wurde durch die Schweizer Leihgeber bereitwillig genehmigt.

Im Zuge der Raumbeschaffung für die Sitzungen der Beratenden Landesversammlung wurde das Freiburger Stadesamt ins Rathaus (in die Räume des Hochbauamts) und die Intendanz der Städtischen Bühnen in das Casino, Eingang Löwenstraße 8, verlegt.

Rückfahrkarten nach Bahnstationen in anderen Besatzungszonen dürfen in Zukunft nicht mehr ausgegeben werden. Ebenso haben Rückfahrkarten, die von in anderen Zonen gelegenen Stationen nach solchen der französischen Zone ausgestellt werden, keine Gültigkeit.

Am Mittwoch und Donnerstag, 15. und 16. Januar, um 21 Uhr, findet im Casino ein Tanzabend unter dem Titel: „Huldigung an Chopin“ statt. Dabei wirken mit: Solange Schwarz, Solotänzerin an der Pariser Oper, Juanina Schwarz, Solotänzerin der Komischen Oper und Lucette Lauvray.

Die Gültigkeitsdauer der endgültigen grünen Fahrbriefe, die den Kraftfahrzeughaltern vor dem 1. Januar ausgestellt worden sind, müssen bis zum 15. Januar durch einen Gültigkeitsvermerk zur das Jahr 1947 verlängert werden. Wegen der kurzen Frist werden die Vermerke zunächst nur für solche Fahrbriefe ausgestellt, die für in Betrieb befindliche Fahrzeuge gelten, für die Haftpflichtversicherung abgeschlossen und Steuer für das Jahr 1947 bezahlt ist. Für den Stadtbezirk werden die Vermerke vom Montag, den 13. Januar ab, auf der Kraftfahrzeugabteilung der Polizeidirektion, Kronenstraße 17, ausgestellt.

Die Kleingärtnerfahrkarten für das Jahr 1946 gelten auch im neuen Jahr. Die Ausweise müssen zur Berichtigung an den Fahrkartenschaltern vorgelegt werden.

Tittivee, Skiunfälle, darunter auch einige mit schweren Körperverletzungen, haben sich in der Nähe des Feldbergs ereignet. An den Hängen des Baldenwegebucks stürzte vor einigen Tagen ein 19jähriger Freiburger beim Skilauf so unglücklich, daß er mit schweren Oberschenkelbrüchen liegen blieb.

L-L-L-Feier

Die KP Rastatt veranstaltet am 18. Januar, 19 Uhr, in der Rastatter Fruchthalle eine L-L-L-Gedenkfeier, zu der alle Mitglieder der Partei und ihre Angehörigen hiermit eingeladen werden.

Kurzarbeiterunterstützung

Der Präsident des Landesarbeitsamts Baden teilt mit: Die Einschränkungen in der Zuteilung von elektrischem Strom, der Mangel an Kohle und an Rohstoffen haben in der letzten Zeit eine Reihe von Betrieben gezwungen, verkürzt zu arbeiten. Es ist damit zu rechnen, daß die Kurzarbeit eine gewisse Zeit aufrecht erhalten werden muß und daß auch andere Betriebe gezwungen werden, sie einzuführen. Um dem Arbeiter und Angestellten, dessen Einkommen schon bei voller Arbeit bekanntlich kaum mehr ausreicht, den Lebensunterhalt zu befriedigen und der durch die Kurzarbeit besonders schwer getroffen wird, wirtschaftlich zu helfen, hat die Militärregierung genehmigt, daß ab 2. Januar 1947 Kurzarbeiterunterstützung gewährt wird. Voraussetzung hierbei ist, daß infolge von Strom-, Kohle- oder Rohstoffmangel oder Wegfallens der Aufträge die betriebsübliche Arbeitszeit in den Betrieben um mindestens ¼ gekürzt und daß mindestens acht Stunden in der Doppelwoche gearbeitet wird. Auskunft erteilt die Arbeitsämter.

Verantwortlich für den Heftartikel: Hanns Adam Feerbar, Offenburg

Eisenbahner schreiben dem NEUEN TAG

Soll das so weiter gehen?

Freiburg. Zu einem großen Teil hat man bei der Eisenbahn in unserer Zone „entnazifiziert“. Man hat auf Grund der Fragebogen zuerst an Ort und Stelle geprüft und dann dieselben Bogen zur eigentlichen Bereinigungskommission, zur Eisenbahndirektion Karlsruhe, weitergeleitet. Dort hat man dann „entnazifiziert“. Warum geschah dies nicht an Ort und Stelle, wo jeder bekannt ist, vor allem bezüglich seines Verhaltens während des Nazistystems? Solcher Art wäre es jedenfalls nicht vorgekommen, daß Pgs, die unbedingt ein härteres Anfassern verdient hätten, mit einem blauen Auge davon gekommen sind, während andere, vor allem Arbeiter und kleine Angestellte, entsprechend zu hart angefaßt wurden.

Nur so ist es zu verstehen, was wir hier anführen möchten: Ein gewisser Herr Mattmüller, Pg. seit 1933, wurde vom Oberinspektor zum Inspektor zurückgestuft, hat aber gleichzeitig seine alte Position noch inne, mit einer der wichtigsten, denn er ist nach wie vor Personalchef. Mit sel-

nem Stellvertreter verhält es sich genau so. Es handelt sich um den Obersekretär Streicher. In der Nazizeit war dieser Herr stellvertretender Ortsgruppenleiter und Ortsgruppenleiter der NSV, Pg. seit 1933.

Am Hauptbahnhof haben wir einen gewissen Schleier. Dieser wurde vom Obersekretär zum Assistenten zurückgestuft. Warum sitzt dieser Mann immer noch in einer so einflußreichen Position, in der er insbesondere mit Personalangelegenheiten zu tun hat?

Bei der Bahnpolizei ist ein Obersekretär Schweizer, der nie Pg. gewesen sein will. Die Haltung dieses Herrn während der Nazizeit spricht für das Gegenteil. War er doch ein „tüchtiger“ Ausbilder der allgemeinen SS, wurde auch geeignet befunden, an einem Schulungskurs der Gauschule in Hornberg teilzunehmen.

Die Leitung der Kantine befindet sich in den Händen eines Pg. Reuter. Trotzdem er als Obersekretär entlassen wurde, hat er nach wie vor diesen wichtigen Verwaltungsposten inne. Wie lange sollen diese Zustände noch andauern, wie lange geduldet man diese belasteten Leute noch in diesen verantwortlichen Posten zu belassen?

Was sagen insbesondere die Gewerkschaften dazu?

Achtung!

Alle Zeitungsträger und Verkäufer des NEUEN TAG in Freiburg treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Donnerstag, 16. Januar, 15 Uhr, in der Geschäftsstelle, Schwabenstr. 2.